2 Römisch-katholische Kirche 1

2.1 Die Anschläge des 11. September 2001 1

2.1.1 Stellungnahmen von Bischöfen 1
2.1.2 Katholische Verbände 4

2.2 Der Krieg in Afghanistan 6

2.2.1 Katholische Würdenträger 6
2.2.2 Katholische Verbände 9

2.3 Die Irak-Krise 12

2.3.1 Der Vatikan 12
2.3.2 Bischofskonferenzen 15
2.3.3 Katholische Organisationen 21
2.3.4 Einzelne Diözesanbischöfe 26

2.4 Der Irak-Krieg 31

2.4.1 Stellungnahmen des Vatikans 31
2.4.2 Stellungnahmen von Bischöfen 34
2.4.3 Katholische Organisationen 37

2 Römisch-katholische Kirche

2.1 Die Anschläge des 11. September 2001

2.1.1 Stellungnahmen von Bischöfen

Der Vorsitzende der römisch-katholischen Deutschen Bischofskonferenz, Karl Lehmann, enthält sich – wie der EKD-Ratsvorsitzende Manfred Kock – am Tag der Anschläge jeder politischen Äußerung. „Aus der Tiefe, rufen wir, Herr zu dir“[1], zitiert er in einem Schreiben an den Vorsitzenden der Amerikanischen Bischofskonferenz den sechsten Bußpsalm[2]. Der Kardinal versichert Anteilnahme: „Voller Erschütterung übermitteln Ihnen die deutschen Bischöfe und alle Gläubigen ihre Bestürzung über die verbrecherischen Anschläge auf zivile und politische Gebäude Ihres Landes.“[3] Auch Lehmann spricht das Gebet als christliche Reaktion auf die Geschehnisse an: „Unser Schreien und unser Schweigen tragen wir vor Gott. Er segne Sie und alle in diesen Stunden unvorstellbarer Schmerzen. Im Gebet mit Ihnen verbunden, Ihr Karl Kardinal Lehmann.“[4]

Zum Gebet ruft der Erzbischof von Köln, Joachim Kardinal Meisner, „alle Menschen guten Willens“[5] auf: „Beten wir besonders für die Politiker und Verantwortungsträger um Weisheit und Augenmaß, damit sie diese schwere Krise zum Wohl aller Menschen bewältigen. Bemühen wir uns, in unseren Familien und unserer nächsten Umgebung Gedanken des Friedens und der Besonnenheit zu vermitteln.“[6]

Der Erzbischof von München und Freising, Kardinal Friedrich Wetter, warnt vor einer Vergeltung: „Vergeltungsschläge, die auf Menschen zielen, die mit dem Terror und seiner Unterstützung nichts zu tun haben, sind Unrecht – gleich von wem sie begangen werden. Rache, Hass, Vergeltung dürfen keinen Platz haben.“[7] In einer Pressekonferenz am 20. September 2001 in Freising betont er aber auch die ermutigenden Folgen

---

[1] Lehmann: Schreiben an die Amerikanische Bischofskonferenz (11. September 2001).
[2] Ps 130,1.
[3] Lehmann: Schreiben an die Amerikanische Bischofskonferenz (11. September 2001).
[4] ebd.
[5] Erzbistum Köln: PM 9/2001.
[6] ebd.
[7] Wetter (2001), S. 219.

der Terroranschläge: „Ich weiß, dass in ganz Bayern die Menschen jetzt zusammengerückt sind, dass sie sich neu auf christliche Tugenden besinnen.“[8]

Wetter nimmt bei seinen Ausführungen über die Reaktionen auf die Terroranschläge eine Differenzierung zwischen Rache- und Strafaktionen vor. Er lehnt Rache und Vergeltung eindeutig ab: „Rache fragt letztlich nicht nach Schuld. Weil sie Unschuldige trifft, setzt sie eine Reihe von gegenseitigen Vernichtungsaktionen in Gang. Sie kann nicht zum Frieden führen.“[9] Strafaktionen befürwortet der Erzbischof dagegen:

> „Davon zu unterscheiden sind aber Strafaktionen. Sie haben das Ziel, die Täter von weiteren Terrorakten abzuschrecken. Es wäre sicher das geeignetste Mittel, Terroristen zu fassen, vor ein internationales Gericht zu stellen und zu bestrafen. Kann dies aber nicht erreicht werden, so müssen politische und auch militärische Strafaktionen nach ihrer Wirkung mit Sorgfalt auf dieses Ziel ausgerichtet werden. Es darf auf keinen Fall zu Exzessen kommen. Würden solche Maßnahmen dieses Ziel überschreiten und würden Unschuldige getroffen, würde das nur eine Eskalation provozieren.“[10]

Nicht geklärt wird in Wetters Stellungnahme das Problem, wie sichergestellt werden kann, dass durch die genannten militärischen Strafaktionen keine Unschuldigen getroffen werden. Dadurch würde die Maßnahme ja wieder in Wetters Kategorie der Rache fallen und müsste von ihm abgelehnt werden.

Im Gegensatz zu anderen Kirchenführern äußert sich Erzbischof Wetter auch noch zu einer in der politischen Diskussion eher vernachlässigten Frage, nämlich zum Religionsprivileg. Darunter versteht man, dass der Staat bei Vereinen mit religiöser Zielsetzung nicht von der Verfassungsfeindlichkeit ausgeht und diese Vereine daher nicht so streng überwacht werden wie andere. Wetter meint, dass durch die Rede von Religionsprivileg bei vielen Menschen der Eindruck erweckt werde, in unserer Rechtsordnung gebe es aufgrund einer Religionszugehörigkeit bestimmte Vorteile oder Privilegien gegenüber anderen, die keiner Religion angehörten.[11] Nicht nur deshalb, sondern auch aus innenpolitischen Gründen, spricht sich Wetter gegen das Religionsprivileg aus: „Ein solches ‚Privileg’, das Straftaten aus der Verdeckung durch eine Religionsgemeinschaft heraus begründet, ist nicht zu rechtfertigen. In der Einstellung zur Grundordnung unseres Staates kann es in unserem Land für

---

[8] Wetter: PK (20. September 2001), S. 2.
[9] a. a. O., S. 4.
[10] ebd.
[11] vgl. a. a. O., S. 5.

niemanden ein ‚Privileg' geben, mit Hilfe dessen er sich außerhalb dieser Grundordnung stellen könnte."[12]

Über das Problem, dass viele Menschen den religiösen Wahn Einzelner mit den Religionen insgesamt gleichsetzen, macht sich der Mainzer Bischof Karl Lehmann Gedanken: „Aber nicht bei wenigen Menschen kommt auch der Verdacht hoch, solche Gewalttätigkeiten wären am Ende und insgesamt ein Ausbruch und ein Ausdruck eines religiösen Wahns, den die Religionen ohnehin immer über die Menschheit gebracht hätten. Es wäre nun höchste Zeit, dass mit der Religion eben auch der religiöse Wahn ausstirbt und verschwindet."[13] Die Christen wüssten um „verhängnisvolle Verstrickungen in das Böse und um Schuld oder wenigstens Mitschuld, die daraus erwachsen sind", räumt der Kardinal ein und nennt als Beispiele Zwangsmissionen, erzwungene Taufen und die Kreuzzüge.[14] Was Christen aktiv tun können, zählt er im Ökumenischen Gottesdienst ein Jahr nach den Terroranschlägen auf: „Es geht also nicht bloß um das geduldige Erleiden, sondern um das aktive Tun des Guten. Dieses äußert sich im Vermeiden von Rache und im Dienst am Frieden, zu dem auch die schon seit Jahrzehnten geforderte Revision einer Welthandelsordnung und eine Befriedung des Nahen Orients und seiner Konflikte gehören. Wir sollen die Gerechtigkeit in Gottes Hand legen. Das Gute setzt sich am Ende durch, jetzt aber sind wir gefordert, Unrecht nicht mit Unrecht zu vergelten, wie die Weisheitsliteratur mit der ganzen Bibel immer wieder fordert."[15]

„Wirtschaftsegoismus, politisches Machtstreben, schwerste Verdächtigungen der einander gegenüberstehenden Lebensgewohnheiten und Kulturen"[16] nennt der katholische Militärbischof Walter Mixa als Ursachen für die gegenwärtige Lage. Er erinnert an die Überwindung der Spannungen des Kalten Krieges: „Wie das Konzept der Entspannung im Ost-West-Konflikt mit dazu beitrug, die scheinbar ausweglose Situation der akuten nuklearen Bedrohung einer atomaren Hochrüstung auf beiden Seiten

---

[12] ebd.
[13] Lehmann: Bistumszeitung *Glaube und Leben* (Oktober 2001).
[14] ebd.
[15] Lehmann: Predigt im Ökumenischen Gottesdienst in Mainz (11. September 2002), in: *epd-Doku* 40/02, S. 7f.
[16] Mixa (2002), S. 211.

zu überwinden, so könnte u. a. analog dazu unter dem Oberbegriff ‚umfassende Gewaltprävention' ein ähnlicher Ausweg aus den kriegerischen Konstellationen der Gegenwart gefunden werden."[17]

Unter das Motto „Interreligiöser Dialog als Same des Friedens" hat der Apostolische Nuntius in Deutschland, Erzbischof Giovanni Lajolo, seine Rede beim Foundation Dinner des Internationalen Clubs Berlin am 1. Dezember 2001 in Berlin gestellt: „Es ist notwendig, zu unterscheiden zwischen der großen Mehrheit der Gläubigen der einzelnen Religionen, die gewöhnlich normale, gottergebene und friedliebende Menschen sind, und den im Vergleich zu ihr wenigen – aber leider nicht nur vereinzelten – Fanatikern, die einige Aussagen ihres Glaubens aus ihrem Kontext herauslösen, nicht in größeren historischen Zusammenhängen sehen und sie nicht entsprechend in das heutige Leben übertragen."[18]

2.1.2 Katholische Verbände

Das Präsidium der Organisation *pax christi* beklagt schon wenige Tage nach den Anschlägen den Verlust von Besonnenheit und politische Weitsicht: „Wir beobachten eine Art von Trauer um den Verlust von Sicherheiten und haben Sorge, dass dabei die konkrete Anteilnahme mit den Opfern zu kurz kommt. Es darf nicht sein, dass unsere Sicherheit an Symbolen von Macht und Geld festgemacht wird und Angst in Gewaltbereitschaft umschlägt."[19] Bedauert wird in der Erklärung auch, dass die Bekämpfung des Terrorismus die Frage nach dessen Ursachen weitgehend ausklammert: „Wo aber die Überwindung von sozialen Ungerechtigkeiten, Verelendung und Armut nicht gelingt, können die dadurch erlebten Demütigungen und Ausgrenzungen zur Begründung terroristischer Handlungen missbraucht werden."[20]

Dem oft zu hörenden Ruf nach Vergeltung zu widerstehen ist nach Ansicht des Vorsitzenden der Deutschen Kommission *Justitia et Pax*, Bischof Reinhard Marx, die vordringliche politische Aufgabe in den Tagen nach den Terroranschlägen: „Ein Handeln aus dem Bedürfnis nach Rache ist

---

[17] a. a. O., S. 214.
[18] Lajolo: Tischrede (1. Dezember 2001).
[19] pax christi: Erklärung des Präsidiums (17. September 2001).
[20] ebd.

weder moralisch akzeptabel noch Ausdruck politischer Klugheit. Es widerspricht sowohl den im Rahmen der UNO festgelegten völkerrechtlichen Normen als auch den Prinzipien christlicher Moral und läuft Gefahr, den eingetretenen Schaden nur zu vergrößern.“[21] In diesem Zusammenhang empfiehlt Marx, auf die Sprache zu achten: „Die mittlerweile in Politik und Medien gängige Rede von ‚Krieg’, ‚Feldzug’, ja gar ‚Kreuzzug’, die es zu führen gelte, bildet eine unverantwortliche und verfälschende Verzerrung.“[22] Um den internationalen Terror zu bekämpfen, empfiehlt *Justitia et Pax* politische Schritte: „Zu ihnen gehört eine Bekämpfung der organisierten Kriminalität, besonders dort, wo sie mit Terrorismus in Verbindung steht. Von nicht geringerer Bedeutung ist das langfristige Bemühen um eine durchgreifende Verbesserung der ökonomischen und sozialen Lebensbedingungen der Menschen in den ärmeren muslimisch geprägten Ländern. Armut und Elend führen leicht zu Entwurzelung und Perspektivlosigkeit und verstärken oftmals die Anziehungskräfte des Terrorismus gerade auf junge Menschen.“[23]

Besorgnis über die moslemfeindlichen Reaktionen in Deutschland drückt der Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Hans Joachim Meyer, in einem Brief an den Vorsitzenden des Zentralrates der Muslime in Deutschland, Nadeem Elyas, aus: „Es darf jetzt nicht zu einer pauschalen Verurteilung muslimischer und arabischer Menschen in der Bundesrepublik Deutschland kommen.“[24] Statt Gräben des Hasses auszuheben, sei von allen Seiten Besonnenheit und Dialogbereitschaft erforderlich, mahnt Meyer. Dabei dürfe die Grenzziehung „nicht zwischen den drei monotheistischen Religionen verlaufen, sondern zwischen dem Respekt vor der unbedingten Würde des menschlichen Lebens und einem politisch motivierten Fundamentalismus, der sich der Religion bediene“[25].

Dass das Motiv der Gerechtigkeit auch falsch eingesetzt werden kann, verdeutlicht der katholische Theologe Heinrich Beck, indem er vor einem oft in Anspruch genommenen „Menschenrecht auf Selbstverteidigung“ warnt: „‚Selbstverteidigung’ ist dem Begriff nach

---

[21] Marx: PM (19. September 2001).
[22] ebd.
[23] ebd.
[24] ZdK: PM (19. September 2001).
[25] ebd.

nämlich keineswegs identisch mit ‚Vergeltung'. Denn diese nimmt als Motiv die ‚Gerechtigkeit', genauer: eine ‚Strafgerechtigkeit' für sich in Anspruch, indem sie dem Verursacher eines Übels das gleiche Maß an Übeln zufügt (‚Aug' um Aug' ‚Zahn um Zahn') – wobei aber die Gefahr besteht, (…) dass das ‚gerechte Maß' überschritten und eine Spirale weiterer Vergeltungsakte und gegenseitiger Verletzungen ausgelöst wird."[26]

2.2 Der Krieg in Afghanistan

2.2.1 Katholische Würdenträger

Papst Johannes Paul II. weist in seiner Botschaft zum Weltfriedenstag am 1. Januar 2002 darauf hin, dass der Friede ein „Werk der Gerechtigkeit und der Liebe"[27] ist. Dennoch heißt er begrenzte Militäraktionen gegen Terroristen für gut: „Es besteht daher ein Recht auf Verteidigung gegen den Terrorismus. Es ist ein Recht, das sich wie jedes andere bei der Wahl sowohl der Ziele wie der Mittel an moralische und rechtliche Regeln halten muss. Die Identifikation der Schuldigen muss entsprechend bewiesen werden, weil die strafrechtliche Verantwortung immer personal ist und daher nicht auf die Nationen, Ethnien und Religionen, denen die Terroristen angehören, ausgedehnt werden kann."[28] Im September 2001 hatte die *Frankfurter Allgemeine* noch „Meinungsunterschiede im Vatikan"[29] diagnostiziert und als Beleg unterschiedliche Äußerungen von Papst Johannes Paul II. und Vatikansprecher Navarro-Valls angegeben. Während der Papst bei einer Reise nach Kasachstan das Gastgeberland für den Verzicht auf das sowjetische Atomwaffenarsenal und die dahinter stehende pazifistische Überzeugung lobt[30], hebt der Direktor des vatikanischen Presseamtes nur wenige Stunden später das Recht auf Selbstverteidigung hervor: „Wenn jemand der Gesellschaft eine schwere Verletzung zugefügt hat und die Gefahr besteht, dass er weitere schlägt, dann hat der verantwortliche Führer einer Nation sicher das Recht, das Prinzip der

---

[26] Beck (2002), S. 64.
[27] Johannes Paul II.: Botschaft des Heiligen Vaters zur Feier des Weltfriedenstages (1. Januar 2002), in: *Amtsblatt für das Erzbistum München und Freising* 2002.2, S. 10.
[28] a. a. O., S. 12.
[29] Fischer: *FAZ* Nr. 226 (28. September 2001), S. 7.
[30] vgl. ebd.

Selbstverteidigung anzuwenden, auch wenn die notwendigen Mittel Angriffswaffen sind.“[31]

Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Karl Lehmann, betont demgegenüber die Bedeutung des Friedens für den christlichen Glauben. Der Weltfriedenstag 2002 mit seinem Leitwort *Ohne Vergebung gibt es keinen Frieden* verfolge den Zweck, „die katholischen Christen zu ermutigen, sich auf die Grundfragen des Friedens und die Friedenshoffnung des Evangeliums zu besinnen. (…) Die Gedanken von Vergebung und Versöhnung, die im Zentrum des christlichen Glaubens stehen, sind solche Grundlagen unseres Friedensdenkens.“[32] Hinter dem abgrundtiefen Hass der Terroristen des 11. September stünden zweifellos auch „Unversöhntheiten, die weder mit militärischen noch mit politisch-pragmatischen Mitteln überwunden werden können und die den Gewalttätern immer neuen Zulauf verschaffen“[33]. Lehmann nennt in diesem Zusammenhang die seit Jahrzehnten andauernden Auseinandersetzungen zwischen Israelis und Palästinensern und das „schwierige und belastete Verhältnis zwischen der muslimischen Welt und dem stark christlich mitgeprägten Westen“[34].

Kardinal Lehmann unterstützt dennoch die Entscheidung von Bundesregierung und Bundestag, sich militärisch am *war on terror* zu beteiligen: „Wir bejahen die Solidarität mit den Vereinigten Staaten, die das Opfer brutaler terroristischer Anschläge geworden sind und sich – ebenso wie andere Länder – vor der Gefahr weiterer Terrorakte sehen. Wir anerkennen, dass sich Deutschland den Verpflichtungen, die unser Land innerhalb des Nordatlantischen Bündnisses eingegangen ist, in der Stunde der Gefahr nicht entziehen darf.“[35] Die Bischofskonferenz gibt jedoch keine Zustimmung für die gesamte Dauer des Militäreinsatzes: „Wir halten es in dieser Lage für unabdingbar, dass die deutsche Regierung und das Parlament den weiteren Verlauf der militärischen Aktionen regelmäßig auf seine Verantwortbarkeit hin überprüft.“[36] Lehmann lässt aber keine Zweifel daran, dass militärische Gewalt nur *ultima ratio* sein kann und das Ziel der

---

[31] ebd.
[32] Lehmann (2002), S. 10.
[33] ebd.
[34] ebd.
[35] Lehmann: Erklärung zur möglichen Beteiligung von Soldaten der Bundeswehr an militärischen Operationen gegen den internationalen Terrorismus (8. November 2001).
[36] ebd.

Bischöfe der Frieden ist. Damit schließen die Kriterien an die bisherigen friedensethischen Aussagen der römisch-katholischen Kirche an: „Jeder Einsatz militärischer Mittel – auch der völkerrechtlich legitimierte – bleibt demnach ein Übel. (...) Unser Gebet gilt dem Frieden.“[37]

Zu einem solchen Friedensgebet lädt Papst Johannes Paul II. am 24. Januar 2002 nach Assisi ein. Es soll eine „gemeinsame Antwort der Weltreligionen auf die großen Nöte und Ängste unserer Zeit, insbesondere auf Krieg und Terror sein“[38]. Der Münchner Erzbischof Friedrich Wetter setzt auf die Kraft des Gebets und des Fastens in der Adventszeit und ruft zum 14. Dezember 2001 die Gläubigen dazu auf, innezuhalten: „Wenn alle, die an Gott glauben, den Willen Gottes tun, behalten Terror und Krieg nicht das letzte Wort, bleibt die Hoffnung auf eine menschliche Zukunft lebendig, kann das Werk des Friedens gelingen.“[39]

Auch der Regensburger Bischof Manfred Müller kommt in seinem Weihnachtsgottesdienst zu der Aussage, „militärische Mittel alleine“ genügten langfristig nicht. Ohne „Gerechtigkeit und inneren Frieden, ohne Frieden mit sich selbst, ja letztlich ohne Frieden mit Gott“ gebe es keinen wahren Frieden.[40] Ein Jahr später bringt der neue Regensburger Oberhirte Gerhard Ludwig Müller einen ähnlichen Gedanken vor: „Weltliche Macht kann nicht den Frieden bringen, sondern allenfalls einen vorübergehenden Waffenstillstand.“[41] Diesen Zustand vergleicht der Bischof mit der *pax romana* zu Zeiten des Kaisers Augustus.

Zu einer positiven Bewertung der Militäraktion gegen Afghanistan kommt der Apostolische Nuntius in Deutschland, Giovanni Lajolo, in seiner Ansprache beim Empfang des Bundeskanzlers für das Diplomatische Korps am 19. Dezember 2001: „Das rasche Handeln hat sich in der außerordentlich breiten und – ich möchte sagen – fast universalen Solidarität mit den Vereinigten Staaten von Amerika konkretisiert. Und dieses Solidarität ist nicht bei pflichtgemäßen Sympathiebezeugungen stehengeblieben, sie hat vielmehr in einer umfassenden Vereinbarung im Kampf gegen den Terrorismus und auch in einer militärischen Aktion unter

---

[37] ebd.
[38] Wetter: Aufruf zum Fasten- und Friedensgebet (14. Dezember 2001).
[39] ebd.
[40] Tautz: PM (25. Dezember 2001).
[41] Tautz: PM (25. Dezember 2002).

aktiver Teilnahme verschiedener anderer Staaten Gestalt angenommen – mit dem Ziel, die für die Terrorakte Verantwortlichen dingfest zu machen und diejenigen zu bestrafen, die ihnen Unterschlupf und Hilfestellung gegeben haben.“[42] Zu fragen ist, warum der Vertreter des Vatikan mit keinem Wort auf die Folgen der Militärschläge für die Zivilbevölkerung in Afghanistan eingeht.

Der katholische Militärbischof Walter Mixa nennt in einem Vortrag an der Offiziersschule des Heeres in Dresden am 7. Februar 2002 Bedingungen für den Einsatz militärischer Gewalt: „Militärische Einsätze selbst müssen – sofern sie unverzichtbar sind – präzise auf unterschiedliche Zielsetzungen ausgerichtet werden. Müssen gewaltsame Mittel verwendet werden, sind sie auf das absolut Notwendige zu begrenzen. Der praktische Respekt vor den Grundsätzen und Regeln des humanitären Völkerrechts ist gegenüber dem Gegner auch ein Zeichen dafür, dass er als ‚iustus hostis’ (Carl Schmitt) angesehen wird. Auch das ist Voraussetzung für einen Friedensschluss, der am Schluss aller militärischen Operationen stehen muss. Darüber hinaus gilt immer der Grundsatz, dass kein noch so guter Zweck ethisch unerlaubte Mittel heiligen kann.“[43]

2.2.2 Katholische Verbände

Einen Appell, für ein sofortiges Ende der Kriegshandlungen in Afghanistan einzutreten, richtet der Geschäftsführende Vorstand von *pax christi* am 30. Oktober 2001 an die Bundesregierung: „Wer Anfang Oktober die Militäraktionen noch für ‚maßvoll’ und ‚verantwortbar’ gehalten hat, erfährt jetzt aus immer mehr Medienberichten, welche furchtbaren Schäden angerichtet werden: Deutschland muss gegen die weitere Bombardierung protestieren, die Wohngebiete, Versorgungseinrichtungen, Lager von Hilfsorganisationen getroffen hat, gegen Streubomben, die viele zivile Opfer fordert [sic!] und vermintes Land zurücklassen, gegen die ungeheure Verschärfung des Flüchtlingselends.“[44]

---

[42] Lajolo: Ansprache (19. Dezember 2001).
[43] Mixa: Vortrag (7. Februar 2002).
[44] pax christi: Erklärung des Geschäftsführenden Vorstands (30. Oktober 2001).

Ähnlich äußert sich die Delegiertenversammlung der deutschen Sektion von *pax christi* drei Wochen später: „Wir erheben Einspruch gegen den Einsatz der Bundeswehr, weil Krieg ein untaugliches Mittel gegen terroristische Anschläge darstellt. (…) Der Einsatz der militärischen Mittel war und ist unverhältnismäßig. Streu- und Benzinbomben sind völkerrechtlich geächtet. Eine nicht bekannte und nicht genannte Zahl von zivilen Opfern ist zu beklagen. Dies erzeugt neue Hass- und Rachegefühle.“[45] Die Erklärung von *pax christi* bewertet den Bundeswehreinsatz auch unter historischen Gesichtspunkten: „Dieser Kriegseinsatz ist der vorläufige Höhepunkt einer in den fünfziger Jahren begonnenen Remilitarisierung Deutschlands. Wiederholt wurden unter dem Druck aktueller Ereignisse neue und erweiterte Formen von Militäreinsätzen durchgesetzt.“[46] Gedanken macht sich *pax christi* in diesem Zusammenhang auch über den Begriff der Sicherheit: „Sicherheitspolitik wird einseitig von den reichen Staaten des Nordens her definiert, die sich für den zivilisierten Teil der Welt halten. Innenpolitisch geht dies einher mit zunehmend restriktiven Maßnahmen zur Inneren Sicherheit. Nötig ist ein erweitertes Verständnis von Sicherheit im Sinne des Rechts aller Menschen auf ein Leben in Würde und ohne Not.“[47]

Gegen die antimuslimische Stimmung in Deutschland wehrt sich der Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Hans Joachim Meyer: „Wer dem gerechten Frieden dienen will, muss die Menschen und die Völker einen wollen“, sagt er vor dem Hauptausschuss des ZdK am 12. Oktober 2001. „Diese Einheit erwächst nur aus der Gemeinsamkeit in der Vielfalt. Daher müssen wir die anderen Kulturen und Religionen achten. Wer jetzt den Islam für die Verbrechen der Terroristen verantwortlich macht und muslimische Mitbürger beleidigt oder angreift, trägt zu der Kluft bei, die jetzt die Welt zu spalten droht, und vergisst, dass auch das Christentum für Kriege und terroristische Akte missbraucht worden ist.“[48] Das aus dem Hirtenwort von 2000 bekannte Schlagwort vom gerechten Frieden benutzt Meyer in seiner Rede noch in einem zweiten

---

[45] pax christi: Beschluss der Delegiertenversammlung (16.-18. November 2001).
[46] ebd.
[47] ebd.
[48] Meyer: Erklärung vor dem ZdK-Hauptausschuss (12. Oktober 2001).

Zusammenhang: „Es gibt keinen gerechten Frieden, so lange Menschen hungern und ihrer Rechte beraubt werden. Elend und Unrecht sind der Nährboden für Hass und Verblendung, die zu Terror und Krieg führen.“[49]

In seiner kurzen Stellungnahme gibt Meyer einige Denkanstöße, die über die tagespolitischen Fragen hinaus wirken. Er muss aber auch feststellen, dass Sätze, die ihren Sinn erst im Zusammenhang mit der ganzen Rede offenbaren, in der Presse oft sinnentstellend dargestellt werden. Die Schlagzeilen in einigen Zeitungen sagen, Meyer habe die Bombenangriffe auf Afghanistan als notwendige Strafe für die Täter bezeichnet. Das ist jedoch eine unzulässige Verkürzung des betreffenden Redeabschnitts, der folgenden Wortlaut hat:

> Die terroristischen Anschläge vom 11. September waren ein Angriff auf die Würde und das Leben jedes Menschen. Wer für sich das Recht in Anspruch nimmt, unschuldige und unbeteiligte Menschen anzugreifen und zu ermorden, um damit politisch oder religiös motivierte Ziele zu erreichen, greift die ganze Menschheit an. Darum ist entschlossenes Handeln mit allen dafür erforderlichen Mitteln einschließlich militärischer Gewalt nicht nur gerechtfertigt, sondern notwendig, um die Täter und die Verantwortlichen zu bestrafen und die Wiederholung solcher Verbrechen zu verhindern. Mit folgenlosen Gesten, die vor allem Ausdruck eigener Angst sind und im Grunde nur dazu dienen, uns selbst ein gutes Gewissen vorzutäuschen, werden wir der Herausforderung nicht gerecht.[50]

Meyer wiederholt diesen Teil seiner Erklärung vor der ZdK-Vollversammlung am 23. November 2001 und betont, er stehe nach wie vor uneingeschränkt „zu den Formulierungen wie zu den Proportionen des Textes“.[51] Als Kern der Auseinandersetzung in der Öffentlichkeit bezeichnet der ZdK-Präsident die Frage: „Ist es berechtigt, auf Gewalt mit Gewalt zu reagieren, um dadurch weitere Gewalt zu verhindern?“[52] Dazu nimmt Meyer eine eindeutige Position ein, die radikaler ist als die der meisten kirchlichen Äußerungen: „Wer erklärt, auf Gewalt müsse unter allen Umständen verzichtet werden, sollte offen sagen, dass er gegen Mord und Vergewaltigung keine anderen Mittel einsetzen will als Geld und gute Worte. Eine solche Haltung entlarvt sich selbst als unverantwortlich, sobald sie nicht abstrakt auf ferne Gegenden, sondern auf uns selbst, unser Land angewendet wird. Gegen die Absichten jener, die so etwas fordern, dient diese Haltung nicht dem Frieden, sondern gibt Gewaltverbrechern freie

---

[49] ebd.
[50] ebd.
[51] Meyer: Rede vor der ZdK-Vollversammlung (23. November 2001).
[52] ebd.

Bahn.“[53] Mit dieser Aussage will Meyer jedoch keinen Persilschein für den Krieg gegen Afghanistan ausgestellt haben: „Auch wer militärische Aktionen in Afghanistan für unausweichlich hält, kann sehr wohl fragen, ob Art und Ausmaß der Bombardements zu rechtfertigen sind. Wichtig ist vor allem, nach dem politischen Konzept zu fragen, das jeder militärischen Aktion erst ihren Sinn gibt und ihre Grenzen setzt.“[54]

2.3 Die Irak-Krise

2.3.1 Der Vatikan

In einer viel beachteten Rede beim Neujahrsempfang im Vatikan spricht sich Papst Johannes Paul II. eindeutig gegen den Irak-Krieg aus: „Non à la guerre! Elle n’est jamais une fatalité. Elle est toujours une défaite de l’humanité.“[55] Zum ersten Mal in der Kirchengeschichte verurteilt ein Papst nicht ganz abstrakt den Krieg schlechthin, sondern einen speziellen Krieg, den er beim Namen nennt.[56] Gleich im nächsten Satz nennt Johannes Paul II. die Maßnahmen, die seiner Meinung nach zur Entschärfung der Irak-Krise anzuwenden sind: „Le droit international, le dialogue loyal, la solidarité entre États, l’exercice si noble de la diplomatie, sont les moyens dignes de l’homme et des nations pour résoudre leurs différends.“[57] Obwohl der Papst also Völkerrecht, Dialog, Solidarität und Diplomatie als menschenwürdige Mittel zur Lösung von Streitigkeiten ansieht, schließt er den Krieg als *ultima ratio* nicht aus – dann aber entsprechend der Aussagen der UN-Charta: „La guerre n’est jamais un moyen comme un autre que l’on peut choisir d’utiliser pour régler des différends entre nations. Comme le rappellent la Charte de l’Organisation des Nations unies et le Droit international, on ne peut s’y résoudre, même s’il s’agit d’assurer le bien commun, qu’à la dernière extrémité et selon des conditions très strictes, sans

---

[53] ebd.
[54] ebd.
[55] Johannes Paul II.: Rede vom 13. Januar 2003, in: *L’Osservatore Romano* Nr. 10 (13./14. Januar 2003), S. 7. „Nein zum Krieg! Er ist niemals ein unabwendbares Schicksal. Er ist immer eine Niederlage der Menschheit.”
[56] vgl. Bahr (2005), S. 1118.
[57] Johannes Paul II.: Rede vom 13. Januar 2003, in: *L’Osservatore Romano* Nr. 10 (13./14. Januar 2003), S. 7. „Das internationale Recht, der ehrliche Dialog, die Solidarität zwischen Staaten, das noble Metier der Diplomatie, sind die Methoden, die des Menschen und der Nationen zur Beilegung ihrer Differenzen würdig sind.“

négliger les conséquences pour les populations civiles durant et après les opérations.“[58] Johannes Paul II. erinnert auch an die Bevölkerung des Irak, der „terres des prophètes“[59], die schon von einem zwölf Jahre andauernden Embargo entkräftet sei.[60] Das ist ein Hinweis, den man in vielen anderen kirchlichen Stellungnahmen vermisst.

Die Rede des Papstes unterscheidet sich von den meisten anderen kirchlichen Äußerungen dadurch, dass er darin nur beiläufig auf den Irak-Krieg zu sprechen kommt. Es sind nur wenige Sätze in der Rede, die sich auf dieses Thema beziehen. Sie werden in den Medien häufig aus dem Zusammenhang gerissen zitiert. Das lässt ein Spezifikum der Worte des Papstes außer Acht, das die *Zeit* so beschreibt: „Seine Gestalt und Lehre sind ein Gesamtkunstwerk, wo alles mit allem zusammenhängt, die ‚fortschrittliche' Politik mit der ‚reaktionären' Moral, der Gewaltverzicht und der Lebensschutz.“[61] Johannes Paul II. stellt sein „Nein zum Krieg“ in den Zusammenhang mit dem „Nein zum Tod“ beim Schutz des ungeborenen Lebens und dem „Nein zum Egoismus“ bei der Globalisierung.[62]

Im Angelusgebet am 16. März 2003 stellt Johannes Paul II. seine Friedensbotschaft erneut in einen religiösen Kontext: „Ohne Bekehrung der Herzen gibt es keinen Frieden.“[63] Er stellt jedoch auch einen Zusammenhang mit historischen Erfahrungen her: „Ich gehöre der Generation an, die den zweiten Weltkrieg erlebt und überlebt hat, und habe daher die Pflicht, allen jungen Menschen, all jenen, die jünger sind als ich und diese Erfahrung nicht gemacht haben, zu sagen: ‚Nie wieder Krieg!'“[64]

Der Apostolische Nuntius in Deutschland, Giovanni Lajolo, stellt das Thema Frieden in den Mittelpunkt seiner Ansprache, die er in seiner Eigenschaft als Doyen des diplomatischen Korps beim Neujahrsempfang

---

[58] ebd. „Krieg ist niemals ein Mittel wie andere, das man wählen könnte, um Differenzen zwischen Völkern zu regeln. Wie uns die Charta der Organisation der Vereinten Nationen und das internationale Recht erinnern, kann man – selbst wenn es darum geht, das Gemeinwohl sicher zu stellen – nur dann auf einen Krieg zurückgreifen, wenn es sich um das allerletzte Mittel handelt, und unter Befolgung sehr strenger Bedingungen, ohne die Folgen für die Zivilbevölkerung während und nach der Militäraktion zu vernachlässigen.“
[59] ebd.
[60] vgl. ebd.
[61] Ross: *Die Zeit* Nr. 5 (23. Januar 2003), S. 4.
[62] vgl. Johannes Paul II.: Rede (13. Januar 2003), S. 11.
[63] Johannes Paul II.: Angelusgebet (16. März 2003).
[64] ebd.

des Bundespräsidenten am 15. Januar 2003 in Berlin hält. „Die Welt braucht keinen neuen Krieg“, stellt er klar. „Sie braucht vielmehr vervielfältigte Bemühungen, die Kriege, die zurzeit geführt werden, zu beenden – oft vergessene Kriege, die aber unbarmherzig viele unschuldige Opfer fordern. Die Welt braucht ein erneuertes Engagement, um die Voraussetzungen für einen geordneten Frieden zu schaffen – in vielen Ländern der Erde, besonders in Afrika.“[65] Lajolo thematisiert die deutsche Präsidentschaft im Weltsicherheitsrat ab Februar 2003: „Das ist für alle ein Grund der Hoffnung, weil wir wissen, dass Ihre Regierung, Herr Bundespräsident, nach den Bestimmungen des Grundgesetzes (Artikel 26[66]) in der Fortführung einer Tradition, die auf schon mehr als ein halbes Jahrhundert zurückblickt, sehr stark zugunsten des Friedens engagiert ist, wie es auch unmissverständlich im Koalitionsvertrag und in der Regierungserklärung von Herrn Bundeskanzler Schröder bestätigt wurde.“[67]

Eine deutliche Position bezieht Msgr. Celestino Migliore, Ständiger Beobachter bei den Vereinten Nationen, auch in der Sitzung des UN-Sicherheitsrats am 19. Februar 2003, auf welcher ihm die Möglichkeit eingeräumt wurde, die Ansichten des Vatikans zum Irak-Konflikt zu erörtern. Er macht einerseits deutlich, dass nach Ansicht des Heiligen Stuhls der Beseitigung der Massenvernichtungswaffen oberste Priorität eingeräumt werden muss und dass die Staatengemeinschaft „is rightly worried and is addressing a just and urgent cause“[68]. Der Konflikt müsse jedoch „within the sphere of the international legality“ gelöst werden. Einen Rückgriff auf Gewalt lehnt Migliore strikt ab.

Diese klaren Worte aus dem Vatikan beeinflussen natürlich auch die anderen Erklärungen von Amtsträgern der römisch-katholischen Kirche. Das räumt auch der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Karl Lehmann, ein. Seiner Einschätzung nach hatten „die klaren, wegweisenden und hoch engagierten Worte von Papst Johannes Paul II. ganz ohne Zweifel

---

[65] Lajolo: Ansprache beim Neujahrsempfang es Bundespräsidenten (15. Januar 2003).
[66] Art. 26 GG: „Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen. “
[67] ebd.
[68] Migliore: Intervention at the Meeting in the Chamber of the Security Council of the United Nations on the Iraqi Issue (19. Februar 2003).

den größten Anteil am einheitlichen Erscheinungsbild der Katholischen Kirche in der Irak-Frage“[69].

Heinz-Joachim Fischer erklärt in der FAZ die klare Haltung des Papstes mit dessen biographischer Entwicklung: „Auf fast hundert Reisen in die ganze Welt hat er den tiefen Wunsch der Menschheit nach Frieden erfahren. Das schärfte bei ihm, wie bei keinem seiner Vorgänger, den Blick für die Entwicklung der Menschheit und stärkte in ihm den Willen, die erste und älteste globale Institution der Erde als geistlicher Monarch zu führen.“[70] Dazu gehört primär zu verhindern, „dass aus den Terroranschlägen vom 11. September 2001 in New York und Washington ein Welt-Religionskrieg wird.“[71] Dies erklärt auch die außergewöhnlich umfangreichen diplomatischen Aktionen, die der Vatikan vor Ausbruch des Irak-Krieges tätigte, was Fischer zu der Bemerkung veranlasst: „so voll Eifer hat die vatikanische Diplomatie selten gearbeitet.“[72]

Rudolf Zewell räumt im Rheinischen Merkur zwar ein, dass der Papst der „Liebling der Kriegsgegner“[73] ist, er fordert bei der Beurteilung der vatikanischen Friedenspolitik Differenzierungen: „In der Bewertung des Irak-Krieges gibt es deutliche Nuancen im Vatikan. Die eindeutige Absage des Papstes an diesen Krieg ist zwar von der moralischen Autorität seines Amtes nicht zu trennen, es handelt sich aber dabei nicht um eine Aussage des Lehramtes.“[74] Bei einem Besuch einer Delegation der CDU/CSU-Bundestagsfraktion unter Führung von Hermann Kues habe Kardinalstaatssekretär Angelo Sodano durchblicken lassen, „dass angesichts der neuen Situation auch die Friedensethik eine neue Antwort auf die Sicherheitslage des 21. Jahrhunderts finden müsse“[75]. Daraus schließt Zewell: „Die Definition des Präventivkrieges muss mit Blick auf neue Bedrohungssituationen überprüft werden.“[76]

2.3.2 Bischofskonferenzen

---

[69] Lehmann: Festvortrag in Barsbüttel (27. Juni 2003), S. 1.
[70] Fischer: *FAZ* Nr. 70 (24. März 2003), S. 1.
[71] Fischer: *FAZ* Nr. 45 (22. Februar 2003), S. 3.
[72] ebd.
[73] Zewell: *RM* Nr. 14 (3. April 2003), S. 3.
[74] ebd.
[75] ebd.
[76] ebd.

Im römisch-katholischen Bereich werden auch gemeinsame Erklärungen von Bischöfen herausgegeben. So trifft sich das Consilium Conferentiarum Episcoporum Europae (CCEE) im Oktober 2002 in Sarajevo zur Vollversammlung. Dabei richten die Bischöfe einen Friedensappell an die Politik: „Die führenden Politiker in Europa und der Welt haben die Pflicht, die Allgemeinheit gegenüber jeglicher Bedrohung für den Frieden zu schützen. Diese Pflicht müssen sie umsetzen im Rahmen des Internationalen Rechts und der moralischen Normen – mit allen gewaltlosen Mitteln, die zur Verfügung stehen.“[77] Der Rat der Europäischen Bischofskonferenzen verweist auch auf den Katechismus der römisch-katholischen Kirche, der Lehre, dass „alle Bürger und Regierungen dazu verpflichtet sind, Krieg zu vermeiden. Der Mut zu glauben, dass das Böse nicht durch etwas ebenfalls Böses besiegt werden kann, ist unabdingbar.“[78]

Die römisch-katholische Deutsche Bischofskonferenz beschäftigt sich in ihrer Herbst-Vollversammlung Ende September in Fulda nur am Rande mit der Irak-Krise. Im Pressebericht im Anschluss an die Tagung äußert sich der Vorsitzende der Bischofskonferenz, Karl Lehmann, sehr vorsichtig zur politischen Situation im Nahen Osten. Der Kardinal wählt die Frageform, um auf die möglichen Folgen einer Militäraktion hinzuweisen: „Würde ein Krieg gegen den Irak nicht aller Wahrscheinlichkeit nach eine Unzahl von zivilen Opfern fordern? Und droht er nicht, schwerwiegende politische Verwerfungen im gesamten Nahen und Mittleren Osten nach sich zu ziehen und die Ablehnung des Westens in der arabischen und muslimischen Welt zu vertiefen?“[79] Die Situation der Unsicherheit wegen der vermuteten Produktion von Massenvernichtungswaffen im Irak rechtfertigt zwar nach Ansicht der Bischöfe ein „entschiedenes Vorgehen der Staatengemeinschaft“[80]. Gleichzeitig drängen sie „nachdrücklich“ darauf, einen Krieg zu vermeiden, ohne Alternativen dazu zu nennen.

Die christliche Presse ist in ihrer Stellung zum drohenden Irak-Krieg nicht einheitlicher Meinung. Selbst in ein und demselben Blatt kann man ganz unterschiedliche Auffassungen lesen. So ist sich Rudolf Zewell in

---

[77] CCEE: PM zur Vollversammlung (6. Oktober 2002).
[78] ebd.
[79] Lehmann: PE von der Herbst-Vollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz in Fulda (30. September 2002).
[80] ebd.

einem Kommentar im *Rheinischen Merkur* sicher: „Krieg ist keine Option.“[81] Für die Christen gebe es nur die Möglichkeit, Störfaktor gegen die Logik der politischen Welt zu sein: „Doch wessen ganze Botschaft so vom Gebot des Friedens durchdrungen ist, kann nur darauf drängen und hoffen, dass wirklich alle Möglichkeiten zur Verhinderung eines Krieges ausgeschöpft werden. Ein Präventivkrieg hat in diesem Denken keinen Platz.“[82] Ganz anders sieht dies eine Woche später in derselben Zeitung Thomas Gutschker: „Ein militärisches Vorgehen gegen den Irak verstieße nach Lage der Dinge weder gegen das Völkerrecht noch gegen die Bedingungen eines gerechten Krieges. Das sollten die christlichen Kirchen berücksichtigen, auch wenn sie an ihrem pazifistischen Rigorismus festhalten.“[83]

Am 20. Januar 2003 gibt die Deutsche Bischofskonferenz eine eigene Erklärung zum Irak-Konflikt ab, die etwas ausführlicher ist als die Stellungnahme der EKD[84], sich inhaltlich aber nicht wesentlich davon unterscheidet. Im Gegensatz zur Rede des Papstes und zur Presseerklärung von der Herbst-Vollversammlung am 30. September 2002 beschäftigt sich diese Erklärung aber ausschließlich mit dem Thema Irak. Auch die Bischöfe bemühen sich um Ausgewogenheit, indem sie die Gefahr des Irak für den Frieden thematisieren: „Ein Staat, der mehrfach den Frieden mit den Nachbarländern gebrochen und dessen Regierung den brutalsten Gewalteinsatz gegen die eigene Bevölkerung nicht gescheut hat, stellt ein Risiko für die internationale Ordnung dar, das die Weltgemeinschaft nicht ignorieren darf.“[85] Deshalb wird ausdrücklich bejaht, dass Druck auf den Irak ausgeübt wird: „Insoweit eine politische Strategie letztlich auf die Vermeidung eines Krieges zielen muss, kann dabei unter Umständen das Mittel der Drohung sittlich erlaubt sein.“[86] Bei der Beurteilung des Krieges wenden die Bischöfe das aus dem Hirtenwort *Gerechter Friede* von 2000 bekannte Kriterium der *ultima ratio* an.[87] Aus dieser Schrift übernimmt die Bischofskonferenz wortwörtlich die Bewertung des Krieges: „Krieg ist

---

[81] Zewell: *RM* Nr. 1 (2. Januar 2003), S. 1.
[82] ebd.
[83] Gutschker: *RM* Nr. 2 (9. Januar 2003), S. 1.
[84] Kirchschlager (2007), S. 183.
[85] Deutsche Bischofskonferenz: Erklärung zum Irak-Konflikt (20. Januar 2003), S. 5.
[86] ebd.
[87] Kirchschlager (2007), S. 114.

immer ein schwerwiegendes Übel. Er darf darum überhaupt nur im Falle eines Angriffs oder zur Abwehr schlimmster Menschheitsverbrechen, wie eines Völkermords, in Erwägung gezogen werden.“[88] Die Bischöfe argumentieren hier auf dem Stand des Jahres 2000, denn sie erwähnen mit keinem Wort die Anschläge des 11. September 2001 und den daraufhin ausgerufenen *war on terror*. Sie bleiben eine Antwort auf die drängende Frage schuldig, was die Vereinten Nationen unternehmen sollen, wenn der Weltsicherheitsrat zu dem Schluss kommt, dass der Irak erneut gegen die UN-Resolutionen verstoßen habe.

Nicht differenziert genug ist die Erklärung der Deutschen Bischofskonferenz auch in ihrer Ablehnung des Präventivkriegs. Mit Bezug auf die Diskussion der vergangenen Wochen heißt es: „Ein präventiver Krieg ist eine Aggression, und er kann nicht als gerechter Krieg zur Selbstverteidigung definiert werden. Denn das Recht auf Selbstverteidigung setzt einen tatsächlichen oder einen unmittelbar bevorstehenden Angriff voraus, jedoch nicht nur die Möglichkeit eines Angriffs.“[89] Dieser Satz zeigt, dass die Bischöfe die Nationale Sicherheitsstrategie der USA – die sog. Bush-Doktrin vom September 2002 – nicht genau gelesen haben. Dort ist nämlich nicht vom präventiven Krieg, sondern vom präemptiven Krieg die Rede:

> The United States has long maintained the option of preemptive actions to counter a sufficient threat to our national security. The greater the threat, the greater is the risk of inaction – and the more compelling the case for taking anticipatory action to defend ourselves, even if uncertainty remains as to the time and place of the enemy’s attack. To forestall or prevent such hostile acts by our adversaries, the United States will, if necessary, act preemptively.
> The United States will not use force in all cases to preempt emerging threats, nor should nations use preemption as a pretext for aggression. Yet in an age where the enemies of civilization openly and actively seek the world’s most destructive technologies, the United States cannot remain idle while dangers gather.[90]

Im Strategiepapier des Weißen Hauses wird also nicht ein präventiver Krieg befürwortet, der auf einen bloßen Verdacht hin geführt werden kann, sondern nur die Möglichkeit eines präemptiven Krieges eingeräumt, der „unter dem Aspekt der unmittelbaren Gefahrenabwehr“ steht.[91] Die

---

[88] Deutsche Bischofskonferenz: Erklärung zum Irak-Konflikt vom 20. Januar 2003, in: *epd-Doku* 7/03, S. 5; vgl. Hirtenwort (2000), S. 84.
[89] ebd.
[90] Bush: The National Security Strategy of the United States of America (17. September 2002), S. 15.
[91] Kamp (2002), S. 20.

durchaus nicht leicht zu fassenden Unterschiede zwischen präventivem und präemptivem Krieg hätte die Bischofskonferenz thematisieren können. Dies hat beispielsweise der Völkerrechtler Thomas Bruha auf der Tagung der Evangelischen Akademie Bad Boll im März 2003 getan: „In fragwürdiger Ausdehnung des nicht minder fragwürdigen Konzepts ‚präemptiver Kriege' (pre-emptive wars) wird die allgemein für rechtmäßig gehaltene Selbstverteidigung gegen einen unmittelbar bevorstehenden bewaffneten Angriff auf unakzeptable Gefährdungssituationen ausgedehnt."[92] Als eine gefährliche Begriffserweiterung sieht auch der katholische Sozialethiker Thomas Hoppe die Strategie des präemptiven Kriegs: „Mit dem Begriff ‚präemptiv' wird ein Vorgehen bezeichnet, das in einen unmittelbar bevorstehenden oder bereits begonnenen gegnerischen Angriff gewissermaßen ‚hineinläuft' und nur noch dessen Folgen für den Angegriffenen abzumildern sucht. Eine solche Handlungsweise ist nicht von vornherein völkerrechtswidrig – im Unterschied zu präventiver Gewaltanwendung, die einer erst künftig möglicherweise bedrohlichen Situation vorzubeugen sucht. Der Präemptionsbegriff der Nationalen Sicherheitsstrategie erweist sich jedoch als so stark erweitert, dass er der Sache nach präventive Gewaltanwendung mit umfasst."[93]

Dass die Bischöfe stattdessen den von Bush nicht in Bezug auf militärische Aspekte verwendeten Begriff *präventiv* verwenden, offenbart Defizite auf dem politischen Sektor. Damit befinden sie sich aber in guter Gesellschaft. Selbst der Völkerrechtler Dietrich Murswiek spricht von der amerikanischen „Präventivkriegsstrategie"[94]. Er kommt zu dem Schluss: „Die Bush-Doktrin ist völkerrechtswidrig. Aber sie ist darauf angelegt, neues Völkerrecht zu schaffen. Vor dem Hintergrund der nationalen Sicherheitsstrategie könnte der Krieg gegen den Irak der erste Schritt dazu sein."[95] Der ehemalige Verteidigungsminister Rupert Scholz ist der Meinung, dass die Vereinten Nationen sich bereits in Richtung einer Erlaubnis für den Präventivschlag bewegt haben: „Die Veränderungen in

---

[92] Bruha: Vortrag in der Evangelischen Akademie Bad Boll (28. März 2003), in: *epd-Doku* 16/03, S. 24.
[93] Hoppe (2003), S. 8.
[94] Murswiek: Vortrag in der Universität Freiburg (10. Februar 2003), in: *NJW* 56.2003.14, S. 1014.
[95] a. a. O., S. 1018.

der internationalen Sicherheitslandschaft fordern unabweisbar auch das Bekenntnis zur wirksamen Prävention. Das internationale Recht muss dies anerkennen, wie dies im Übrigen schon mit den UN-Resolutionen nach dem 11. September und der Entscheidung der Nato, den Bündnisfall festzustellen, eingeleitet worden ist. Wirksame Prävention schließt auch die militärische Option ein."[96]

Matthias Gierth mahnt in einem Kommentar im *Rheinischen Merkur* eine „Konkretisierung der Erklärung"[97] an. Wie der Druck auf das Regime Saddams aufrechterhalten bleiben soll, wenn gleichzeitig die Politik in keine Eskalationslogik geraten dürfe, die einen Krieg am Ende unvermeidlich mache, darauf gäben die Bischöfe keine Antwort.

Kritik an der Erklärung der Bischöfe übt auch der katholische Theologe Lothar Roos. Mit ihren Befürchtungen über die Folgen eines Irak-Krieges verließen die Bischöfe „den Raum der sozialethischen Grundsätze und begeben sich auf das Feld politologischer Spekulation"[98]. Unter Kennern der Region gebe es ganz andere Einschätzungen. „Kirchliche Verlautbarungen sollten jedoch genau unterscheiden, was hier Sache des kirchlichen Amtes ist und wo politische Handlungsentscheidungen in die Kompetenz der ‚gläubigen Laien' fallen, die ihre politischen Entscheidungen eigenständig treffen."[99]

Als gemeinsame Schnittpunkte zwischen Kirche und Politik hat Ulrich Ruh die Orientierung an den Menschenrechten und am völkerrechtlichen Gewaltverbot ausgemacht. Deshalb entspreche es durchaus den Intentionen der eigenen Friedensethik, wenn sich die Bischöfe in ihrer Erklärung vom 20. Januar 2003 völkerrechtlich argumentierten. Ruh vermutet aber, dass „Terroranschläge größeren Stils und klare Indizien für eine akute Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen im Besitz bestimmter Staaten in der internationalen Öffentlichkeit einen Bewusstseinswandel herbeiführen, der militärische Präventivschläge zunehmend als notwendig und gerechtfertigt erscheinen lässt. Das dürfte für die christliche Friedensethik nicht ohne Folgen bleiben."[100] Eine solche

---

[96] Scholz: *Die Welt* (12. März 2003), S. 8.
[97] Gierth: *RM* Nr. 4 (23. Januar 2003), S. 1.
[98] Roos: *RM* Nr. 7 (13. Februar 2003), S. 29.
[99] ebd.
[100] Ruh (2003), S. 111.

Ethik, für die im Papier der Bischofskonferenz keine Anzeichen zu finden sind, würde den bisherigen friedensethischen Konsens der christlichen Kirchen verlassen und würde einen an der momentanen Meinung der Öffentlichkeit angepassten Gesinnungswandel darstellen.

2.3.3 Katholische Organisationen

Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) äußert sich wenige Tage nach der Bischofskonferenz in ähnlicher Weise wie die Bischöfe. Das ZdK thematisiert die Sorge vor dem Krieg und bezeichnet die Politik Saddam Husseins als „weltweite Bedrohung des Friedens“[101]. Die Drohung der Vereinten Nationen mit militärischen Mitteln sei deshalb „mit vollem Recht“[102] erfolgt. Das ZdK räumt damit im Gegensatz zu anderen kirchlichen Äußerungen die politische Tatsache ein, dass das Regime in Bagdad sich nur durch militärische Drohungen der USA zur Wiederaufnahme der 1998 abgebrochenen Waffeninspektionen bewegen hatte lassen.

Das ZdK beruft sich ebenfalls auf das Kriterium der *ultima ratio* und folgert daraus: „Daher darf der Entschluss dazu auch nicht von einer einzelnen Macht, sondern er muss von den durch die UN-Satzung dafür vorgesehenen Repräsentanten der internationalen Gemeinschaft gefasst werden.“[103] Die einstimmige Verabschiedung der UN-Resolution zum Irak hatte Hans Joachim Meyer, der Präsident des ZdK, schon am 22. November 2002 vor der ZdK-Vollversammlung als „Zeichen der Handlungsfähigkeit“[104] gewertet. Kritik hatte Meyer an der rot-grünen Bundesregierung geübt. Weder Koalitionsvertrag noch Regierungserklärung enthielten konkrete Aussagen über einen deutschen Beitrag zur Lösung des Konfliktes. Die Aussage „Deutschland wird sich an einem Krieg gegen den Irak nicht beteiligen“ werde Saddam Hussein nicht daran hindern, Massenvernichtungswaffen einzusetzen.[105] Mit dieser Behauptung übernimmt Meyer ungeprüft die Behauptungen der „Koalition der Willigen“

---

[101] Zentralkomitee der deutschen Katholiken: Erklärung (24. Januar 2003).
[102] ebd.
[103] ebd.
[104] ZdK: PM (22. November 2002).
[105] vgl. ebd.

über die Existenz von Massenvernichtungswaffen im Irak. Heute wissen wir, dass es solche nicht gegeben hat. Diese Aussage ist auch deshalb unverständlich, weil Meyer selbst noch zwei Monate zuvor die Existenz von Massenvernichtungsmitteln im Irak als nicht gesichert angesehen hatte. Vor dem Hauptausschuss des ZdK hatte Meyer argumentiert, eine entsprechende Urteilsbildung über die politischen Strategien könne erst erfolgen, wenn es „Beweise dafür gebe, dass von diesem Staat eine Bedrohung mit Massenvernichtungswaffen ausgehe“[106]. Die Behauptung, der Irak verfüge über Massenvernichtungswaffen, wiederholt Meyer noch einmal am Tag vor dem Kriegsausbruch. „Offenkundig ist auch, dass vom Irak eine Bedrohung mit Massenvernichtungsmitteln ausgeht“, schreibt der ZdK-Präsident. „Diese Bedrohung kann jedoch durch das entschlossene Handeln der Weltgemeinschaft unter Kontrolle gehalten werden.“[107] Was er sich unter entschlossenem Handeln vorstellt, verrät Meyer leider nicht. Wie viele Amtsträger vor ihm weiß er jedoch, was nicht zu tun sei: „Jedenfalls besteht jetzt keine Notwendigkeit, militärische Mittel gegen diese Gefahr einzusetzen.“[108] Unklar bleibt, warum Meyer gegenüber seinen Äußerungen zum Afghanistan-Krieg[109] eine Kehrtwendung macht.

Die Deutsche Kommission *Justitia et Pax*, eine Art „Runder Tisch“ der international tätigen römisch-katholischen Einrichtungen in Deutschland, weitet in ihrer Erklärung den Blick vom Irak auf den gesamten Mittleren Osten: „Eine militärische Auseinandersetzung könnte … schwerwiegende politische Verwerfungen im gesamten Nahen und Mittleren Osten nach sich ziehen und die Ablehnung des Westens in der arabischen und muslimischen Welt vertiefen.“[110]. Als eine Ursache für die Krisen im Nahen und Mittleren Osten nennt die Stellungnahme den Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern, „dessen Fortdauer zur Stärkung mancher Despotie in dieser Region beiträgt und selbst dem Diktator Saddam Hussein zeitweise Sympathien zugetrieben hat.“[111] Zu Recht – wie sich mittlerweile herausgestellt hat – moniert die Kommission das Fehlen einer

[106] ZdK: PM (13. September 2002).
[107] ZdK: PM (19. März 2003).
[108] ebd.
[109] Kirchschlager (2007), S. 167f.
[110] Deutsche Kommission Justitia et Pax: Erklärung (20. Oktober 2002).
[111] ebd.

„überzeugende[n] Perspektive dafür, „wie und mit welchen politischen Kräften nach dem Ende selbst eines auf Irak begrenzbaren Kriegs eine grundlegende Reform des dortigen politischen Systems erreicht werden könnte“[112]. Damit gehört die Kommission Justitia et Pax zu den wenigen kirchlichen Stimmen, die sich schon vor Beginn des Irak-Krieges über die Folgen für die Region nach Ende des Krieges Gedanken machen. Auch das Problem der Weiterverbreitung von Kernwaffen spricht die Kommission an: „Zu befürchten ist eher, dass ein Angriff auf den Irak das Streben nach Massenvernichtungsmitteln allenthalben noch stimulieren könnte, weil dem Argument, dass man sich nur durch solche Waffen vor Militärinterventionen schützen könne, mehr Überzeugungskraft zugebilligt würde. Ein Krieg gegen den Irak wäre daher zur Verringerung des Proliferationsrisikos nur sehr begrenzt wirksam, möglicherweise sogar kontraproduktiv.“[113]

Eindeutig gegen einen Irak-Krieg bezieht die deutsche Sektion von *pax christi* in mehreren Erklärungen Stellung. Schon im März 2002 warnt der Geschäftsführende Vorstand vor kriegerischen Maßnahmen gegen den Irak und veröffentlicht ein Forderungspaket an die Bundesregierung. Darin heißt es, Berlin solle sich „für die Zulassung neutraler Waffeninspektoren“ und „für eine gezielte Aufhebung des Embargos gegen den Irak“ einsetzen.[114] Beim Ergreifen politischer Maßnahmen müsse Deutschland „eine führende Rolle übernehmen“.[115]

Zum ersten Jahrestag der Anschläge des 11. September zieht das Präsidium von *pax christi* eine Bilanz der militärischen Reaktionen: „Gegen diese terroristischen Handlungen sind militärische Reaktionen wirkungslos; die unauffällig in den Gesellschaften lebenden potenziellen Attentäter werden so nicht unschädlich gemacht. Zudem ist es verwerflich, zur Verfolgung der Täter privatisierter Gewalt Kriege gegen Staaten zu führen und damit deren Bevölkerung zu Opfern zu machen.“[116] Die USA und ihre westlichen Verbündeten müssten sich fragen lassen, „ob denn der weltweite Anti-Terror-Krieg gegen die ‚Achse des Bösen’ etwas anderes ist als ein politisches Vehikel zur militärischen Durchsetzung von Macht- und

---

[112] ebd.
[113] ebd.
[114] pax christi: Erklärung des Geschäftsführenden Vorstands (20. März 2002).
[115] ebd.
[116] pax christi: Erklärung des Präsidiums (9. September 2002).

Wirtschaftsinteressen im globalen Maßstab“[117]. Besonders die monotheistischen Religionen seien nun zum Dialog herausgefordert: „Christen, Juden und Muslims können durch ihre Dialogbereitschaft deutlich machen, dass ihre Religionen einen gemeinsamen Ursprung haben und Frieden und Gerechtigkeit die Grundlagen für das Zusammenleben der Menschen bilden.“[118]

Auch politische Maßnahmen gegen der Terror benennt *pax christi*: „Im Rahmen der Vereinten Nationen muss das Völkerrecht weiter entwickelt werden, um die internationale Strafverfolgung von Terrorverbrechen zu verbessern (zunächst durch internationale Polizeikräfte und den Internationalen Strafgerichtshof). Die Staaten der Europäischen Union brauchen eine eigene angemessene Strategie zur Bekämpfung der Terrorursachen, die geprägt ist von ziviler Konfliktbearbeitung, ökonomischer Entwicklung, ökologischer Klugheit und interkulturellem Dialog; auch sollten sie mehr Initiativen zur Lösung regionale Konflikte entwickeln, die derzeit Terror hervorrufen.“[119] Hier wird mit der Transformation von Militär- in Polizeiaktionen eine wichtige Grundlage zur Überwindung des Krieges genannt. Die rechtlichen Grundlagen wären mit der UN-Charta jedoch schon gegeben. Was den Vereinten Nationen fehlt, ist das, was den derzeit einzigen Hegemon der Welt, die USA, ausmacht: Macht. Dieser Weltmacht fehlt jedoch ohne Beschluss des UN-Sicherheitsrats das Recht, Militäraktionen durchzuführen.

Die Delegiertenversammlung von *pax christi* nennt im November 2002 konkrete Gefahren eines Waffengangs gegen den Irak: „Es vergrößert die Gefahr eines regionalen Krieges, in dessen Folge Atombomben und Massenvernichtungsmittel zum Einsatz gelangen können. Auch die technologisch hochwertigen Raketen der US-amerikanischen Armee werden nicht verhindern können, dass im Falle eines Angriffs der Irak seine Waffen zum Gegenschlag auf Israel einsetzen wird. Diese Ausweitung des Nahost-Konfliktes bedeutet gleichfalls die unmittelbare Gefahr einer Vertreibung der Palästinenser.“[120] So pessimistisch die Erklärung in Bezug auf die

---

[117] ebd.
[118] ebd.
[119] ebd.
[120] pax christi: Erklärung der Delegiertenversammlung (3. November 2002).

Kriegsfolgen ist, so optimistisch beurteilt sie das Verhältnis Deutschlands zu den USA nach der Ablehnung des Krieges durch die Bundesregierung: „pax christi begrüßt daher die Haltung der Bundesregierung gegen einen Krieg am Golf und sieht darin keine Beschädigung des deutsch-amerikanischen Verhältnisses. Im Gegenteil: Das Erstarken der US-amerikanischen Friedensbewegung und ihre wachsende internationale Resonanz verdeutlichen, dass ein politischer Meinungsumschwung in den USA eingetreten ist und dass es gelingen kann, die Kräfte des Friedens auch innerhalb der transatlantischen Gemeinschaft so zu stärken, dass der bevorstehende Krieg und weiteres Unheil verhindert werden können."

Als Argument gegen den Irak-Krieg bemüht *pax christi*-Generalsekretär Reinhard J. Voß die jüngere europäische Geschichte: „Unrecht und Ungerechtigkeit werden nicht durch Krieg überwunden, sondern durch geduldige politische Arbeit, durch Proteste und Friedensdienste, durch Verhandlungen und Konferenzen. ‚Wandel durch Annäherung' hat Europas Spaltung überwinden helfen. Und die Friedensbewegungen auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs, der auch Berlin durchteilte, haben Vertrauen aufgebaut und eine gewaltfreie Revolution der Verhältnisse ermöglicht."[121] Der Präsident von *pax christi*, Heinz Josef Algermissen, Bischof von Fulda, richtet ein Grußwort an die Friedensdemonstranten: „Wir alle dürfen es nicht zulassen, dass sich die Menschen an den Gedanken eines unvermeidbaren Krieges im Irak gewöhnen. Der internationale Druck auf das Regime des Saddam Hussein ist gewiss auch ohne Krieg möglich."[122]

Konkrete Vorschläge für künftige Militäreinsätze macht die Hauptversammlung des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) im April 2002. Militärische Interventionen aus Gründen der Humanität macht das Papier von einigen Bedingungen abhängig. In dieser Liste tauchen einige Kriterien der Lehre vom gerechten Krieg in modernisierter Form wieder auf:

- Die Entscheidung über eine Intervention zugunsten der Nothilfe für Gruppen der Bevölkerung der Staaten, die unter den Folgen schwerwiegender Menschenrechtsverletzungen zu leiden haben, muss den VN vorbehalten bleiben. Dabei muss es sich um eine außergewöhnliche und sehr ernste Notsituation in einem

[121] Voß: Auftaktrede zur Friedensdemonstration in Berlin (15. Februar 2003).
[122] Algermissen: Grußwort zur Friedensdemonstration in Berlin (15. Februar 2003).

Staat oder zwischen Staaten handeln, dessen Machthabern auf andere Art und Weise als mit militärischen Mitteln nicht Einhalt geboten werden kann.
- Die intervenierende Macht darf kein besonderes Eigeninteresse an der Situation haben. Der Schutz der Menschenrechte muss das Ziel sein und es dürfen keine verdeckten politischen oder wirtschaftlichen Gründe hinzukommen. (…)
- Aus friedensethischer Perspektive steht die intervenierende Macht in der Pflicht, unverzüglich nach der Beendigung Folgen und Auswirkungen für die notleidende Bevölkerung rasch und umfassend zu lindern. Dabei ist darauf zu achten, dass Wiederaufbau und humanitäre Hilfe zur Befriedung und Stabilität beitragen.
- Bedingungen für eine vertretbare militärische Intervention müssen völkerrechtlich verankert werden, um zu verhindern, dass Staaten oder Staatenbündnisse den Einsatz militärischer Mittel selbst legitimieren.[123]

Der erste Punkt in der Aufzählung ist unnötig, denn der Fall der Nothilfe für bedrohte Bevölkerungsgruppen ist in der UN-Charta ja bereits abgedeckt und müsste deshalb nicht eigens vom Sicherheitsrat entschieden werden. Auch für den Einsatz deutscher Streitkräfte legt der BDKJ Bedingungen vor, damit die Politik nicht in einen Automatismus von militärischen Einsätzen gerate: „Ein Einsatz der Bundeswehr unter dem Mandat der VN sollte zukünftig von einer breiten Mehrheit im Deutschen Bundestag getragen werden. Über die konkreten Einsätze ist mit 2/3 Mehrheit zu entscheiden.“[124]

2.3.4 Einzelne Diözesanbischöfe

Keine politische, sondern eine theologische Erklärung gibt der Münchner Erzbischof Friedrich Wetter kurz vor Kriegsbeginn ab. Bei der in Freising tagenden Frühjahrsvollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz thematisiert er die Frage vieler Menschen nach dem Sinn ihres Betens um den Frieden. So fragten jetzt viele, ob Gott denjenigen, die einen Krieg auslösten und nicht die Einsicht teilten, dass jeder Krieg eine Niederlage für die Menschheit sei, in den Arm fallen werde.[125] Dieses Geheimnis könne in rein menschlichen Dimensionen nicht aufgelöst werden: „Gott wird es lösen, wie er das Geheimnis des Kreuzes Jesu an Ostern aufgelöst hat.“[126] Menschen dürften immer mit Gottes Herrschaft und Führung rechnen, sie könnten ihn aber „nicht wie irdische Faktoren in ihr Kalkül einbeziehen“[127]. Was Menschen für den Frieden konkret tun können, das sagt Wetter in der

[123] BDKJ: Beschuss der Hauptversammlung (25.-28. April 2002), S. 6.
[124] a. a. O., S. 7.
[125] vgl. Erzbistum von München und Freising: PM (13. März 2003).
[126] ebd.
[127] ebd.

Christmette 2002: „Wenn sich Völker auf einen Krieg vorbereiten, machen sie mobil. Eine Mobilmachung ist heute dringend nötig, aber nicht für einen Krieg, sondern für den Frieden, und zwar weltweit. Die ganze Welt muss mobil machen für den Frieden. Was wir brauchen, ist nicht nur eine Globalisierung der Wirtschaft, sondern viel mehr noch eine Globalisierung des Friedens.“[128]

Der katholische Militärbischof Walter Mixa reist Ende Januar 2003 für zehn Tage in die USA und besucht dort stationierte Bundeswehrsoldaten und ihre Familien. „Mit der Friedensbewegung habe ich nie viel zu tun gehabt“, sagt Mixa in einem Interview nach seiner Rückkehr nach Deutschland. Dennoch findet er klare Worte gegen den drohenden Irak-Krieg: „Es erregt mich schon, wie selbstverständlich vom Krieg geredet wird, wie unüberlegt Präsident George Bush mit einem atomaren Schlag droht. Das schafft keinen Frieden, das macht den Dialog mit der arabischen Welt auf Jahrzehnte unmöglich.“[129] Bei seinen Gesprächen habe er zwei Tendenzen in den USA wahrgenommen. Zum einen habe es erstmals seit 30 Jahren zwei große Friedensdemonstrationen gegeben, die aber in Medien und Politik kaum zur Kenntnis genommen worden seien. Zum anderen gebe es ein wachsendes patriotisches Bewusstsein: „Da kommt so etwas wie alter Pioniergeist durch, dass viele Amerikaner ihr Land als engagierte Kraft gegen einen Diktator wie Saddam Hussein und seine ABC-Waffen … sehen.“[130]

Zwei Tage später vergleicht Mixa in einem Vortrag bei der Clausewitzgesellschaft die Situation mit der Kuba-Krise 40 Jahre zuvor, die die Welt an den Rand eines Atomkrieges geführt habe: „Auch heute sind die Perspektiven für den Frieden düster. Ich nenne nur die Stichworte Balkan, Terrorismus, Verbreitung von Massenvernichtungswaffen. Es droht die Gefahr, dass wir den Glauben daran verlieren, dass es wirklich in der Möglichkeit des Menschen liegt, Krieg strukturell zu überwinden.“[131] Die Frage, ob die Geschichte für einen wirklichen Frieden offen sei oder nicht, sei keineswegs akademisch und belanglos: „Eine Politik, die sich an der

---

[128] Wetter: Predigt in der Christmette im Liebfrauendom München (2002).
[129] Mixa: *SZ* (4. Februar 2003), S. 9.
[130] Mixa: KNA-Interview (4. Februar 2003).
[131] Mixa: Vortrag bei der Clausewitzgesellschaft (6. Februar 2003), S. 1.

strukturellen Überwindung des Krieges ausrichtet, kommt zu anderen normativen Vorgaben als jene, die sich mit Krieg als einer bleibenden Wirklichkeit abgefunden hat, oder ihn gar als unverzichtbares Instrument verantwortlicher Politik betrachtet.“[132]Am selben Tag nennt Mixa vor Militärseelsorgern und Kommandeuren in Beilngries eine Alternative zum Militäreinsatz: Die Waffeninspektionen durch die Vereinten Nationen sollten weitergehen: „Vergessen wir bitte nicht, dass durch die erste UN-Inspektion nach dem Golfkrieg mehr irakische ABC-Waffen und Trägersysteme abgerüstet wurden als im Golfkrieg vernichtet werden konnten. Auch aus dieser Überlegung ergibt sich ein Vorrang für nicht-militärische Maßnahmen, sofern sie Aussicht auf Erfolg verheißen.“[133]

Inhaltlich stark auf die Erklärung des Papstes stützt sich der Bischof von Münster, Reinhard Lettmann. „Krieg bedeutet immer eine Niederlage der Menschheit“[134], zitiert er Johannes Paul II. Im Soldatengottesdienst am 13. Februar 2003 in Münster urteilt er sehr vorsichtig über die politische Lage: „Die Notwendigkeit zum militärischen Handeln ist nach allem, was die internationale Öffentlichkeit weiß, nach unserer Überzeugung zur Zeit nicht erkennbar, auch wenn die Situation im Irak weiterhin äußerste Wachsamkeit verlangt und die glaubwürdige Bereitschaft zum militärischen Handeln unmissverständlich erkennbar bleiben muss.“[135]

Auf Äußerungen eines früheren Papstes weist der Kölner Erzbischof Joachim Kardinal Meisner hin: Auf die Enzyklika Johannes XXIII. *Pacem in terris*, in der unter dem Eindruck des Kalten Krieges und der Kuba-Krise Gedanken zu einer Kultur des Friedens dargelegt sind. „Ja, im Hinblick auf die wachsende Kriegsgefahr in der Golf-Region ist die Botschaft dieser Enzyklika aktueller denn je“, so Meisner.[136]

Josef Homeyer, Bischof von Hildesheim und Vorsitzender der Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen, befürchtet, dass „wir die Gewalt nicht nach unseren Wünschen steuern und begrenzen können, sondern dass sie die Katastrophe, die wir verhindern wollten, erst herbeiführt. Diese Gefahr, dass die Folgen eines Krieges letztlich nur in

---

[132] a. a. O., S. 2.
[133] Mixa: Vortrag vor Militärseelsorgern und Kommandeuren (6. Februar 2003), S. 6.
[134] Lettmann: Predigt (13. Februar 2003), S. 1.
[135] a. a. O., S. 2.
[136] Meisner: Predigt (30. Januar 2003), S. 1.

noch mehr Leid und Unrecht bestehen, das Millionen von Menschen zu erdulden haben, droht ganz konkret im Blick auf den Irak-Konflikt.“[137] In einem Beitrag für den *Rheinischen Merkur* spricht er sich für eine neue „Weltinnenpolitik“ aus, „damit kollektive politische, aber auch wirtschaftliche Entscheidungen tatsächlich die Menschenwürde derer respektieren, die von ihnen betroffen sind“[138]. Dazu müsse man wahrnehmen, dass das Schicksal des eigenen Landes in das Schicksal der gesamten Völkergemeinschaft eingewoben sei: „Hass und Gewalt gedeihen besonders dort, wo Menschen in großer Zahl in Armut und Elend leben, sich entwurzelt und gedemütigt fühlen, keine Perspektiven für ihre Zukunft erkennen und erfahren müssen, dass elementare Persönlichkeitsrechte ständig verletzt werden.“[139]

Auf die Notwendigkeit einer gerechten Weltordnung zur Terrorprävention macht der Hildesheimer Bischof auch in einem Friedensgottesdienst aufmerksam: „Wer Interventionen begrenzen oder ausschließen will, muss tragfähige internationale Strukturen und Instrumente schaffen, die Konflikte friedlich regeln können; der muss letztlich Konzepte der Gerechtigkeit vorlegen, die allen Menschen die gleichen Lebenschancen gewährt.“[140]

Eine politische Einschätzung seiner Bischofskollegen gibt der Trierer Oberhirte Reinhard Marx im September 2002 ab: Die deutschen Bischöfe seien zwar „keine radikalen Pazifisten, aber doch sehr gewaltkritisch“[141]. Marx selbst spricht sich klar gegen den Irak-Krieg aus: „Der Einsatz von Gewalt, selbst wenn er dazu dient ein größeres Unrecht zu verhindern und im Moment vielleicht auch notwendig erschein, bleibt doch immer ein Übel.“[142] Friedensstiftend seien nicht Kriege, sondern „eine gerechtere Gestaltung der Globalisierung und die Erhöhung der Entwicklungshilfen“.[143] Wie sein Münchner Bischofskollege Wetter, so fordert auch Marx eine „Mobilmachung für den Frieden“[144] und ruft die

---

[137] Homeyer: *FM* Nr. 4 (23. Januar 2003), S. 7.
[138] ebd.
[139] ebd.
[140] Homeyer: Predigt (6. Februar 2003), S. 2.
[141] Bistum Trier: PM (26. September 2002).
[142] ebd.
[143] ebd.
[144] Marx: Interview (10. Januar 2003), S. 1.

Gläubigen zum Handeln auf: „Als Christen sollten wir an der Spitze einer neuen Bewegung für den Frieden stehen.“[145]

Auf die grundsätzliche Problematik kirchlicher Stellungnahmen zum Irak-Krieg geht der Mainzer Bischof Karl Lehmann in einem Beitrag der Bistumszeitung ein: „Wir sind keine Politiker und keine Militärexperten. (…) Deshalb kommt alles darauf an, dass man die ethische Grundproblematik genauer herausarbeitet.“[146] Bei der Beschreibung, wie sich Kirchenvertreter äußern sollen, bleibt Lehmann allerdings vage: „Hier bedarf es, zumal in der politischen Auseinandersetzung und besonders in Wahlkampfzeiten, aber auch in der öffentlichen Berichterstattung großer Disziplin und einer klugen Offenheit, die man freilich nicht mit Unentschiedenheit verwechseln darf. Den schmalen Weg dazwischen zu finden, ist die Kunst des Politischen und des Politikers.“[147] Einen Monat später kann man eine politische Stellungnahme Lehmanns in derselben Zeitung mit diesen Maßstäben messen. Darin grenzt er die Kirche nach zwei Richtungen ab: „Freilich, die Kirche darf dann nicht für eine radikalpazifistische Position vereinnahmt werden. Sie darf sich aber auch nicht instrumentalisieren lassen für die Unterstützung eins Krieges, der – wie gesagt – ein schwerwiegendes Übel darstellt.“[148] Dazwischen liegt für Lehmann die Notwendigkeit, eine Drohkulisse aufzubauen und als letzte Möglichkeit eine militärische Intervention „nicht von vornherein und für immer auszuschließen“[149]. Eine Gefahr sieht der Kardinal, dass die Drohkulisse eine Eigendynamik entfalten könnte und „dass ein vorbeugender Krieg (‚Präventivkrieg’) vom Zaun gebrochen wird, der nur im Fall schlimmster Menschheitsverbrechen, wie z. B. Völkermord, erwogen werden darf“[150]. Hier liegt eine begriffliche Ungenauigkeit vor, die leicht große Verwirrung stiften kann. Einen Präventivkrieg lehnen die Kirchen nämlich unisono ab. Mit der Umschreibung seines Falls von „Präventivkrieg“ hat Lehmann aber deutlich gemacht, dass er wohl

---

[145] ebd.
[146] Lehmann: *Glaube und Leben* (Februar 2003).
[147] ebd.
[148] Lehmann: *Glaube und Leben* (März 2003).
[149] ebd.
[150] ebd.

eigentlich eine militärische Aktion meint, die im allgemeinen Sprachgebrauch unter „humanitäre Intervention“ firmiert.

2.4 Der Irak-Krieg

2.4.1 Stellungnahmen des Vatikans

Kurz nach Ausbruch der Kampfhandlungen im Irak bedauerte der Direktor des Vatikanischen Presseamtes, Joaquin Navarro-Valls, ausdrücklich den Beginn des Krieges im Namen des Heiligen Stuhls. Dabei wird sowohl „bedauert, dass die irakische Regierung den Forderungen der Vereinten Nationen und dem Appell des Papstes, die beide die Entwaffnung des Landes forderten, nicht nachgekommen ist. Andererseits wird beklagt, dass die Verhandlungen unterbrochen wurden, die nach Internationalem Recht um eine friedliche Lösung des Dramas im Irak bemüht waren.“[151]

In einer Ansprache an die Militärgeistlichen vom 24. März 2003 bleibt Papst Johannes Paul II. bei der im Vorfeld getätigten Einschätzung, wonach zwar „der Krieg als Mittel zur Lösung von Streitigkeiten zwischen den Staaten abgelehnt wurde“[152], jedoch die „Zulässigkeit der Verteidigung gegen einen Angreifer“[153] bestehen bleibt.

Auch das Angelusgebet im April 2003 steht im Zeichen des Irak-Konflikts. Papst Johannes Paul II. gedenkt darin vor allem der Zivilbevölkerung, die er als Hauptleidtragende der Auseinandersetzung ansieht. Auch bekräftigt er seine Hoffnung, „dass dieser Konflikt bald ein Ende finden möge um einer neuen Ära der Vergebung, der Liebe und des Friedens Platz zu machen.“[154]

Den Blick auf andere Kriegsgebiete lenkt Papst Johannes Paul II. in seiner Osterbotschaft 2003: „Frieden im Irak! Mit Unterstützung der Völkergemeinschaft mögen die Iraker zu Protagonisten des solidarischen Wiederaufbaus ihres Landes werden. Frieden in den anderen Regionen der Welt, in denen vergessene Kriege und schleichende Konflikte Tote und Verwundete zwischen dem Schweigen und dem Vergessen eines nicht

---

[151] Navarro-Valls: PM (20. März 2003).
[152] Johannes Paul II.: Ansprache an die Militärgeistlichen (24. März 2003).
[153] ebd.
[154] Johannes Paul II.: Angelusgebet (6. April 2003).

geringen Teils der öffentlichen Meinung hervorbringen! Mit tiefem Schmerz denke ich an den Weg der Gewalt und des Blutes, der im Heiligen Land an kein Ende zu kommen scheint. Ich denke an die tragische Situation, in der sich nicht wenige Länder des afrikanischen Kontinents, der nicht sich selbst überlassen werden darf, befinden. Ich habe sehr wohl die Spannungsherde und die Anschläge auf die Freiheit des Menschen im Kaukasus, in Asien und in Lateinamerika präsent, Weltregionen, die mir gleichermaßen teuer sind.“[155]

In seiner Botschaft zum Weltfriedenstag 2004 greift Papst Johannes Paul II. den Irakkrieg abermals auf, diesmal jedoch in wesentlich ausführlicherer Weise als zuvor. Er sieht es als eine der Hauptaufgaben für die Staatengemeinschaft an, „die internationale Ordnung zu achten und die von den Autoritäten, ihren legitimen Vertretern, übernommenen Verpflichtungen zu beachten. Der Friede und das Völkerrecht sind eng miteinander verbunden: das Recht begünstigt den Frieden.“[156] Ohne die USA hier explizit zu nennen, mahnt er auch von diesen die Einhaltung des internationalen Völkerrechts ein. Denn „[p]olitische Entscheidungen, die ohne Rücksicht auf die Grundrechte des Menschen den Erfolg suchen, wären inakzeptabel.“[157] Abermals räumt er das Recht ein, gegen den Terrorismus mit militärischen Mitteln vorzugehen, weist aber nachdrücklich darauf hin, dass sich „der Kampf gegen den Terrorismus nicht bloß in Unterdrückungs- und Strafaktionen erschöpfen“[158] dürfe. Eine Stärkung der Vereinten Nationen, um dem Terrorismus mit politischen Mitteln begegnen zu können, sei hierfür unabdingbar. Darüber hinaus fordert er eine „Analyse der Beweggründe, die den terroristischen Anschlägen zugrunde liegen.“[159] Papst Johannes Paul II. verbindet damit die Hoffnung, dass dem Terrorismus die Grundlage entzogen wird. Um die Krise im Mittleren Osten jedoch langfristig lösen zu können, ist nach seiner Ansicht neben der einfachen Gerechtigkeit noch ein weiterer Punkt wichtig. In Rückgriff auf die Friedensbotschaft von 2002 äußert der Papst die Überzeugung: „Es gibt

---

[155] Johannes Paul II.: Osterbotschaft (20. April 2003).
[156] Johannes Paul II.: Botschaft zur Feier des Weltfriedenstages (1. Januar 2004).
[157] ebd.
[158] ebd.
[159] ebd.

keinen Frieden ohne Versöhnung!“[160] Denn ohne die Vergebung der Menschen untereinander flamme immer wieder neue Gewalt auf.

Den Aspekt der Vereinten Nationen greift Papst Johannes Paul II. auch in seiner Ansprache an das beim Heiligen Stuhl akkreditierte diplomatische Korps im Januar 2004 auf. Dabei ruft er zu einer Rückkehr „zu einer wirksameren kollektiven Sicherheit“[161] auf, „die der Organisation der Vereinten Nationen den Platz und die Rolle zuerkennt, die ihr zukommen.“[162] Speziell bezüglich des Iraks äußert der Papst die Hoffnung, das Land möge schnell seine Souveränität zurückerlangen und als „glaubwürdige[r] Partner“[163] in die Staatengemeinschaft zurückkehren.

Ähnliche Gedanken äußert Papst Johannes Paul II. auch in seiner Ansprache an den US-amerikanischen Präsidenten im Juni 2004. Besonders die „anhaltend schweren Unruhen“[164] im Irak sind es, die Anlass zur Beunruhigung geben. Eindringlich appelliert er an Bush, „diese Situation nun so schnell wie möglich unter aktiver Beteiligung der internationalen Gemeinschaft, insbesondere der Vereinten Nationen,“[165] zu normalisieren. Als positives Zeichen sieht Johannes Paul II. die Ernennung einer irakischen Übergangsregierung im Mai desselben Jahres.

Der Präfekt der Glaubenskongregation, Joseph Kardinal Ratzinger, äußert sich im Juni 2004 lediglich indirekt zum Irak-Krieg. Er zieht jedoch Schlüsse aus dem Scheitern dieses Waffengangs, wenn er gegenüber dem Terror auf dem Grundsatz beharrt, dass „rechtswidrige und von Moral losgelöste Gewalt […] nicht durch Gewalt allein überwunden werden“[166] könne. Einem generellen Pazifismus möchte er dennoch nicht folgen, da dies bedeute, „die Welt dem Diktat der Gewalt“[167] auszuliefern. Auf der anderen Seite warnt er jedoch ebenso entschieden vor hegemonialen Ansprüchen, da sich hier allzu leicht „eigene Interessen in die Aktion“

---

[160] ebd.
[161] Johannes Paul II.: Ansprache an das beim Hl. Stuhl akkreditierte diplomatische Korps (12. Januar 2004).
[162] ebd.
[163] ebd.
[164] Johannes Paul II.: Ansprache an den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika George Walker Bush (4. Juni 2004).
[165] ebd.
[166] Ratzinger: *Klerusblatt* 2004.6, S. 132.
[167] ebd.

einmischten und „die Aktion […] den Blick auf die Gerechtigkeit“[168] verunreinigten.

In seinem Artikel für die Frankfurter Allgemeine Zeitung im Juni 2004, in dem Ratzinger den Irak-Krieg ebenfalls lediglich am Rande erwähnt, warnt er abermals vor den Problemen, die entstehen, wenn „eine bestimmte Macht allein als Wahrer des Rechts auftritt.“[169] Nur wenn dies verhindert werde, könne vermittelt werden, dass es „um den Schutz des gemeinsamen Rechts aller“[170] gehe.

2.4.2 Stellungnahmen von Bischöfen

„Nicht Gott hat die Menschen verlassen, sondern die Menschen haben die Menschen verlassen“[171], betont der Kölner Erzbischof Joachim Meisner in einem KNA-Interview am Tag des Kriegsbeginns. Er setzt weiterhin auf das Gebet: „In der jetzigen Situation gilt tatsächlich das Wort ‚Jetzt hilft nur noch beten’. (…) Nichts davon war vergebens: denn das Gebet um den Frieden verändert auch uns als Betende. Es kann auch uns friedfertiger werden lassen. Es kann uns lehren, selbst immer mehr Menschen des Friedens zu sein.“[172]

Nicht Demonstrationen, sondern eine andere Form des Protests empfiehlt der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Karl Lehmann: Er lädt zum Gebet des Kreuzweges und des Rosenkranzes ein: „Zeiten des Krieges sind nicht Zeiten großer Worte. Seit Jahrhunderten nehmen dann Gläubige den Rosenkranz in die Hand und im wiederkehrenden Gebet des Ave Maria finden Traurigkeit, Schmerz und die österliche Hoffnung ihre Sprache. Kriegsnot bewirkt Sprachlosigkeit. Deshalb sollen in Tagen des Krieges unsere Kirchen ‚offene Kirchen’ sein. Der gebetete Kreuzweg lässt uns die bedrückende Sprachlosigkeit überwinden.“[173]

In einem Zeitungsinterview warnt Lehmann davor, wegen der neuen Bedrohungen den bestehenden Konsens in der Friedensethik zu gefährden:

---

[168] ebd.
[169] Ratzinger: *FAZ* Nr. 133 (11. Juni 2004), S. 39.
[170] ebd.
[171] Meisner: Interview mit der KNA (20. März 2003).
[172] ebd.
[173] Lehmann: Gebetsinitiative Kreuzweg und Rosenkranz (21. März 2003).

„Auch bei einer veränderten Sicherheitslage müssen die elementaren Grundsätze der Friedensethik bestehen bleiben.“[174] Insbesondere spricht sich der Kardinal gegen die neue Sicherheitsdoktrin der USA aus: „Krieg kann eine Ultima Ratio sein – aber nur bei einem Angriff oder bei Völkermord. Eine Ausweitung möglicher Kriegsgründe müssen wir ablehnen.“[175]

Der katholische Militärbischof Walter Mixa, Oberhirte des Bistums Eichstätt, zeigt sich am Tag des Kriegsausbruchs bedrückt: „Wir haben vor diesem Moment gebangt und bis zuletzt gehofft, dass sich militärische Aktionen noch vermeiden lassen. Dies war nicht der Fall, und nun müssen wir alles Streben darauf richten, durch unser Gebet und unsere Solidarität den unschuldig Betroffenen nahe zu sein und Gottes Bestand zu erbitten.“[176] Drei Wochen nach Kriegsbeginn übt Mixa deutliche Kritik an der Kriegsberichterstattung des deutschen Fernsehens: „Insbesondere der deutsche Fernsehjournalismus zeigt sich gegenüber diesem Krieg – so weit ich es wahrgenommen habe und um es vorsichtig auszudrücken – als sehr hilflos. Oft ersetzt Gesinnung in einer schlimmen Weise die Sachkenntnis, die einfach notwendig wäre, um die Bilder, die auf den Zuschauer einbrechen, in einen sinnvollen Zusammenhang zu bringen: auch wer gegen diesen Krieg ist, muss wissen, wie er funktioniert.“[177]

Schon nach wenigen Monaten wird deutlich, dass die von den USA als Kriegsgrund genannten Massenvernichtungswaffen im Irak nicht existieren. Das wird in vielen kirchlichen Stellungnahmen angeprangert, zum Beispiel vom Eichstätter Bischof Walter Mixa: „Gleichzeitig muss ehrlich festgestellt werden, dass mit der Drohkulisse von angeblich todbringenden Waffenarsenalen im Irak für einen Krieg geworben wurde.“[178]

Mit etwas zeitlichem Abstand, im Februar 2004, erinnert Mixa noch einmal an die Bedeutung der päpstlichen Enzyklika *Pacem in Terris* und betont deren Aktualität angesichts des *War on Terror*. Zentral hierbei sei, so der Militärbischof, der Aspekt des Gemeinwohls, nämlich der „Schutz und

---

[174] Lehmann: Interview, in: *RM* Nr. 14 (3. April 2003), S. 3.
[175] ebd.
[176] Mixa: Aufruf des Bischofs von Eichstätt (20. März 2003).
[177] Mixa: Interview, in: *Neue Bildpost* (10. April 2003).
[178] Mixa: Silvesterpredigt (2003).

die Sicherheit des Menschen“[179] und zwar eines jeden Menschen. Angesichts der Entstaatlichung der terroristischen Gewalt sei es daher dringend geboten, sich an das internationale Völkerrecht zu halten: „Bei allen Defiziten, die die Institution der Vereinten Nationen und das bestehende Völkerrecht zeitigen, ist ein qualitativer Schritt erreicht worden, dem natürlich noch viele weitere folgen müssen, damit Recht für alle Menschen und zwischen den Staaten nicht nur anerkannt wird, sondern wirklich auch dem Recht zur Geltung verholfen wird.“[180] Die Kritik am Alleingang der USA ist an dieser Stelle unüberhörbar.

Gegen Resignation wendet sich der Erzbischof von München und Freising, Friedrich Wetter: „Gerade im Krieg müssen Gedanken des Friedens gedacht werden, muss für den Frieden gebetet, muss für den Frieden gearbeitet werden.“[181] Eine Woche später weist der Kardinal bei einer Pressekonferenz zum Abschluss der Bayerischen Bischofskonferenz in Freising auf weitere Gesichtspunkte des Irak-Krieges hin, etwa auf die 75 Milliarden Dollar, die der Krieg kosten werde: „Da ist die kritische Frage angebracht, weshalb für einen militärischen Einsatz fast fraglos und reibungslos solche Riesensummen zur Verfügung stehen, während für humanitäre Aufgaben und Maßnahmen der Entwicklungsarbeit um Bruchteile solcher Summen oft genug mit nur geringem Erfolg gefeilscht werden muss.“[182] Er bittet darum, Aktionen der kirchlichen Hilfswerke für die Menschen im Irak zu unterstützen. Ausdrücklich weist Wetter darauf hin, dass in diesen Tagen sehr viele ganz junge Menschen gegen den Krieg demonstrieren: „Sie spüren, dass es um ihre Zukunft geht, nicht nur hier in Deutschland. Es geht um eine Welt, in der Gerechtigkeit und Frieden gesichert, Spannungen abgebaut, Tyrannei und Unrecht beseitigt werden. Dies kann nur geschehen durch Versöhnung und Verzicht auf Gewalt.“[183]

In einem Beitrag für die Frankfurter Allgemeine Zeitung stellt mit im Februar 2005 der Bischof von Trier, Reinhard Marx, fest, dass durch den amerikanischen „Marschschritt durch die Welt“[184] Weg und Ziel der

---

[179] Mixa: *Klerusblatt* 2004.2, S. 28.
[180] ebd.
[181] Wetter: Stellungnahme zum Ausbruch des Krieges im Írak (20. März 2003).
[182] Wetter: PK (27. März 2003), S. 2.
[183] a. a. O., S. 3
[184] Marx: *FAZ* Nr. 45 (23. Februar 2005), S. 10.

amerikanischen Außenpolitik immer mehr divergieren. Die Völker, denen der amerikanische Präsident die Menschenrechte bringen wolle, sähen sich oftmals zunächst einer amerikanischen Aggression gegenüber, aber, die „Menschenrechte sind ein Zweck an sich, zu deren Verwirklichung nicht einfach jedes Mittel recht ist. Sie entfalten quasi rückwirkend Geltung auch für den Prozeß ihrer Durchsetzung.“[185] Auch die religiöse Aufladung der Kriegsrhetorik Bushs kritisiert Marx abermals. Er weist darauf hin, dass derjenige, der den Namen Gottes gebrauche zuvorderst demütig werden müsse, da sich Gott nicht instrumentalisieren lasse.

2.4.3 Katholische Organisationen

Ganz anders werden die Friedensdemonstrationen von Hans Joachim Meyer, dem Präsidenten des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), gesehen: „In Deutschland haben die großen Demonstrationen nicht nur einen unbedingten Willen zum Frieden gezeigt, sondern leider auch offenbart, wie weit verbreitet die Neigung zur Realitätsverweigerung und zum apolitischen Schwarz-Weiß-Denken ist. Was wir dringend brauchen, ist eine ebenso selbstbewusste wie realistische Definition der politischen Rolle Deutschlands in und mit der Europäischen Union. Das schließt Kritik an amerikanischer Regierungspolitik nicht aus, wohl aber Antiamerikanismus.“[186] Meyer zeigt hier selbst eine Neigung zum – zuvor von ihm kritisierten – Schwarz-Weiß-Denken, denn obwohl eine Abgrenzung zwischen Kritik an US-amerikanischer Politik und Antiamerikanismus schwierig ist, zeiht er deutsche Friedensdemonstranten pauschal letzterer. In seiner Stellungnahme zeigt sich auch, dass der ZdK-Präsident Handlungsweisen der Demonstranten bewusst missversteht. So bezeichnet er englischsprachige Plakate bei den Friedensdemonstrationen als „hemmungslose Lust zur Kopie des American way of life“[187]. Dabei wäre es durchaus eine plausible Erklärung, dass die Demonstranten damit über Fotos in Zeitungen auch die Bevölkerung der USA erreichen wollen.

---

[185] ebd.
[186] Meyer: Bericht zur Lage bei der ZdK-Vollversammlung (9. Mai 2003).
[187] ebd.

Die Deutsche Kommission Justitia et Pax unter Vorsitz des Trierer Bischofs Reinhard Marx sieht sich „einig mit vielen Menschen in den und außerhalb der Kirchen, die auf den Ausbruch dieses Krieges mit Bestürzung und Trauer reagieren, dass es nicht gelungen ist, auf dem bis zuletzt offen gebliebenen Weg einer friedlichen Abrüstung der noch vermuteten irakischen Bestände an Massenvernichtungswaffen weiter voranzuschreiten“[188]. Nach Meinung der Kommission ist der in der katholischen Friedensethik bislang immer geforderte Fall der *ultima ratio* nicht eingetreten: „Angesichts des menschlichen Leids und der politischen, sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Konsequenzen, die mit jeder Kriegführung verbunden sind, kann der Griff zur Gewalt allenfalls in einer extremen Situation gerechtfertigt sein, in der kein anderes Mittel noch Aussicht auf eine erfolgreiche Abwehr widerrechtlicher Gewaltanwendung verspricht. Diese Alternativlosigkeit vermögen wir in der gegenwärtigen Situation nicht zu erkennen.“[189]

Ihre strikte Linie gegen den Krieg setzt *pax christi* auch bei den Stellungnahmen zum Irak-Krieg fort. Schon einen Tag vor Beginn der Bombardements reagiert die Vereinigung auf die Ankündigungen von US-Präsident Bush, den Irak anzugreifen und verurteilt den Militäreinsatz: „Der jetzt vorgesehene Angriff geschieht unter Bruch des Völkerrechts, verstößt gegen das Grundprinzip des Gewaltverbots, und ein Mandat der UN für eine Intervention liegt nicht vor.“[190] Ausdrücklich begrüßt *pax christi* die Haltung der Bundesregierung, an einer diplomatischen Lösung des Konflikts zu arbeiten. Sie fordert aber, die Nichtbeteiligung an diesem Krieg durch konkrete Entscheidungen zu bekräftigen, indem Berlin „das Bundeswehrpersonal aus den AWACS-Aufklärungsflugzeugen abzieht, da diese nicht nur dem Schutz des NATO-Territoriums dienen, sondern auch in die Angriffsplanungen für den Irak eingebunden sind; die Einheiten der Fuchs-Spürpanzer aus Kuwait zurückholt und die Überflugrechte bundesdeutschen Gebietes für Angriffe auf den Irak nicht gewährt“[191]. Damit spricht *pax christi* bereits am Tag vor dem Kriegsbeginn Probleme

---

[188] Deutsche Kommission Justitia et Pax: Erklärung (21. März 2003).
[189] ebd.
[190] pax christi: PM (19. März 2003).
[191] ebd.

an, die in anderen kirchlichen Stellungnahmen zu diesem Zeitpunkt noch keine Rolle spielen.

Der erste Jahrestag des Kriegsbeginns ist für *pax christi* Anlass, eine kritische Bilanz zu ziehen: „Heute ist Gewissheit: Die Weltöffentlichkeit wurde von der US-amerikanischen Regierung vorsätzlich getäuscht. Der Irak war nicht im Besitz der Massenvernichtungswaffen, die ihm zur Last gelegt wurden. Die US-Administration beanspruchte einseitig ein Recht auf Präventivkrieg und setzte dieses im Dienste ihrer strategischen Interessen durch. Dabei wurden in unerträglicher Weise religiöse Vorstellungen und Begriffe zur Rechtfertigung dieses Krieges missbraucht.“[192] Die Lage im Irak ein Jahr nach Kriegsbeginn analysiert *pax christi* so: „Der Sturz des Diktators Saddam Hussein führte zu einem Machtvakuum, auf das die Alliierten keine überzeugende politische Antwort geben konnten. Militärische Stärke vermochte den Diktator zu stürzen; den Aufbau demokratischer Strukturen beförderte sich nicht. Hilfe suchend muss sich heute die US-amerikanische Regierung an die internationale Staatengemeinschaft wenden, der sie zu Kriegsbeginn mit machtpolitischer Arroganz begegnete.“[193]

Am Ende des dritten Kriegsjahres zieht das Präsidium von *pax christi* eine ernüchternde Bilanz: „Der Irak ist zwar von einer Diktatur befreit, aber noch nicht befriedet worden, im Gegenteil: Er ist zu einer Rekrutierungs- und Trainingsstätte für Terroristen verschiedenster Prägungen geworden.“[194] Dennoch fordert *pax christi* den Abzug der ausländischen Invasionstruppen unter US-amerikanischer Führung: „Ihr Kredit aufgrund der Diktatorenvertreibung ist durch Folterpraktiken, Arroganz und Unsensibilität weitgehend aufgebraucht, und die Gewalttaten terroristischer Gruppen können sie offenbar nicht verhindern.“[195]

---

[192] pax christi: Stellungnahme des Präsidiums (18. März 2004).
[193] ebd.
[194] pax christi: Erklärung des Präsidiums (30. Januar 2006).
[195] ebd.